

# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Das 27.02.2010 „NEIN zu Rüttgers und NEIN zur Kopfpauschale“ von Sigmar Gabriel auf dem Landesparteitag der NRW-SPD unterstreicht auch jetzt die Bedeutung der Landtagswahl am 9. Mai. Nimmt man noch die Verstrickung Rüttgers in die Affäre illegaler Parteienfinanzierung, sieht es für Schwarz-Gelb in NRW gar nicht mehr so gut aus.

Wird Schwarz-Gelb abgelöst, könnten sich auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat verändern.

Gemeinsamkeit von SPD und Gewerkschaften wurde demonstriert durch viele gemeinsame Kundgebungen. „An diesem ersten Mai gingen Menschen für Gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat auf die Straße. "Der 1. Mai ist ein starkes Zeichen für lebendige Gewerkschaften und die Forderung nach einer besseren Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer", stellte Andrea Nahles fest.

Angesichts der „griechischen Tragödie“ kann man nur noch feststellen, dass die Europa-Politik Frau Merkels gescheitert ist. Die Gefahr ist riesengroß, dass die Rettung Griechenlands auch Deutschland mit

seiner (auch zu) hohen Verschuldung ebenfalls in Gefahr bringt. Afghanistan und Kopfpauschale sind weitere Minuspunkte der Koalition.

Eigentlich hätte das Abwarten mit der Verkündung weiterer schlechter Nachrichten aus dem Lage CDU/CSU und FDP keiner Wartezeit bis nach der NRW-Wahl bedurft. Die Gemeinheiten kamen scheinweise auf den Tisch. Sicherlich wird es hinterher heißen: „Wir haben es doch immer gesagt“ Schlimm nur, dass nötige Korrekturen bei weiterem Zuwarten immer schwieriger zu bewerkstelligen sind.

Balsam auf die Wunden der SPÖ: Heinz Fischer ist zum Bundespräsidenten Österreichs wiedergewählt. Wir gratulieren. Im Thurgau hat es einen Stabwechsel gegeben: Nach zehn Jahren trat Peter Gubser nicht mehr an. Neue Präsidentin ist Barbar Kern, der wir alles Gute zur Präsidentschaft wünschen.

Es grüßt Sie  
die Redaktion

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

## Inhaltsverzeichnis

- Merkel lädt zum Zocken ein - Kopfpauschale muss verhindert werden - Mindestlöhne und kein Platz für Nazis - "Merkel schießt Eigentor mit Ansage" – EU: EU-Parlament öffnet Kommunen die Tür!	S. 2- 5
- Mehr Durchblick im Regal - Kennzeichnung für Agrarerzeugnisse - Freier Internetzugang ist Grundrecht - Finanztransaktionen besteuern - Mit der Klasse nach Europa - "Willkommen in der Realität!" - <b>BW: SPD im Aufwind - KV Bodensee – MdL Norbert Zeller:</b> Bewerbungen für Nominierung zur Landtagskandidatur und Ersatzkandidatur im Wahlkreis Bodensee	S. 5- 9
- Fünf Kreisgemeinden dabei - LKW-Umleitung in Aussicht - Wechsel an der Spitze der SPD Ailingen	S. 9-10
- Ende einer Geschäftsbeziehung - Zeller kämpft für Ganztageschule Fischbach - Im Bodenseekreis fehlen 138 Plätze - SPD gegen längere Dienstzeit – Weihnachtaktion der Jusos – Termine	S. 10-13
- <b>SBI:</b> Wie verleihen wir der Sozialdemokratischen Partei neuen Schwung? - - <b>SP Kanton St.Gallen:</b> SP lehnt Verhinderung des St.Galler Bürgerrechts ab - CVP und SVP verweigern die Diskussion	S. 13-16
- SP setzt Zeichen für die Wahlen 2011 - Podium Vereinbarkeit von Familie und Beruf -	S. 16-17
- <b>SP Kanton Thurgau:</b> Barbara Kern neue Präsidentin – <b>SPÖ Vorarlberg:</b> Freude über eindeutigen Wahlsieg von Heinz Fischer - „Auf Politik könnt ihr nicht verzichten“- SPÖ lehnt Gesetzesnovelle zum Kindergartengesetz ab - SPÖ gegen Öko-Massensteuern der ÖVP - <b>Kreis BC- Martin Gerster:</b> Gerster lädt zwei Schülerinnen aus Landkreis ein - Mitgliederzahlen steigen – erfreulich - Politische Bildungsfahrt mit MdB Gerster - Lemli will für SPD antreten - BayernSPD und KV Lindau: Ehrung für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD - Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Steuerhinterziehung darf nicht weiter begünstigt werden - <b>Hilde Mattheis:</b> Greencard für Pflegekräfte - Wochenend- und Schichtarbeiter sollen nicht für Steuergeschenke der Reichen bezahlen - Mattheis fordert Finanztransaktionssteuer	S. 20-26
- Alleinerziehende – LeistungsträgerInnen unserer Gesellschaft - Illegale Parteienfinanzierung ist wahrscheinlich – Gewerkschaften: Gute Arbeit, gerechte Löhne, starken Sozialstaat, bessere Politik für NRW	S. 26-27
- Einladung zum 10.05.10: Nominierung der Kandidaten zur Landtagswahl 2011 - Links Themen Newsletter SPD-Landtagsfraktion BW – Erinnerung – Zukunft – 8. Mai - Einladung: Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg – Impressum	S. 28-31

## Merkel lädt zum Zocken ein



© Dirk Bleicker

Die griechische Finanzkrise spitzt sich zu. Rating-Agenturen stufen Staatsanleihen für das Land inzwischen auf Ramschniveau ein – Kredite werden für die griechische Regierung dadurch immer teurer. Schuld daran ist auch die Kanzlerin, sagt der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. "Merkels Herumtaktieren kostet jeden Tag Millionen Euro, weil sie die Spekulanten an den Finanzmärkten zum Zocken einlädt." Zudem will die Regierungschefin nicht mal die Banken an der Finanzierung der Griechenland-Hilfen beteiligen, die sich an den Spekulationen beteiligt hatten. Nun müssen die EU-Mitgliedstaaten einspringen. Den größten Anteil wird Deutschland tragen müssen.

"Merkel hat das Volk hinters Licht geführt, die Deutschen belogen", kritisierte der SPD-Vorsitzende im [Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger \(Mittwoch\)](#). Sie habe sich in Europa als "eiserne Kanzlerin" inszeniert, als "Madame Non", die Griechenland in die Schranken weise.

Dies könnte jetzt für Deutschland teuer werden. Denn solange unklar war, ob die EU Griechenland unterstützt, wurde an den internationalen Finanzmärkten heftig gegen das Land gezockt. Dadurch hat sich die Lage weiter verschärft. Inzwischen haben Rating-Agenturen die Kreditwürdigkeit des Landes drastisch runtergestuft. "Als die Krise begonnen hat, waren die Zinsen für Griechenland bei 5,2 Prozent", erinnerte Gabriel. "Zuletzt waren sie bei bis zu 11 Prozent und wer weiß, wo sie morgen sind." Merkel habe die Spekulanten "zum Zocken" eingeladen. Ihre "Taktiererei führt dazu, dass die Rechnung immer größer wird". Ähnliche Kritik an der Bundeskanzlerin kommt auch aus dem europäischen Ausland.

### **"Den Zockern endlich das Handwerk legen"**

Hinzu kommt, dass die Bundesregierung die Banken, die selbst mit griechischen Staatsanleihen spekuliert hatten, nicht an den Hilfen für das Land beteiligen will. Der SPD-Vorsitzende machte deutlich, dass Merkel für so einen Kurs nicht auf Unterstützung durch die SPD setzen kann. "Es gibt keine Zustimmung der SPD zu Griechenland-Hilfe durch Deutschland, bei der nicht die Banken beteiligt werden." Die Institute hätten gewusst, dass die Griechen zahlungsunfähig seien, hätten aber trotzdem Kredite ausgereicht und außerdem gegen den Euro und gegen Staaten gezockt. Die SPD werde dies nicht auch noch unterstützen. "Wir müssen den Zockern endlich das Handwerk legen", bekräftigte Gabriel.

29.04.2010

Bundes-SPD (SPD.de)

## Kopfpauschale muss verhindert werden



© Florian Jaenicke

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles zeigt sich entsetzt über die Arbeit der schwarz-gelben Regierungskommission zur Einführung der Kopfpauschale. Wer trotz der Griechenlandkrise an Steuersenkungen festhält, dem ist alles zuzutrauen. Auch eine unsolidarische und unsoziale Kopfpauschale", so Nahles.

Die schwarz-gelbe Regierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den Krankenversicherungsschutz langfristig durch sogenannte "einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge" mitzufinanzieren. Die Folge solcher Beiträge sind drastisch: Die Kosten für den Gesundheitsschutz steigen bei den Geringverdienern, während Bezieher hoher Einkommen weniger beitragen müssen. Statt wie bisher einen festen Prozentsatz des Einkommens als Krankenversicherungsbeitrag zu bezahlen, müssten dann nach dem Willen von Schwarz-Gelb künftig die Bäckerverkäuferin und der Manager pauschal gleichviel bezahlen.

Nahles sagte, die derzeit geplante sogenannte "kleine" Kopfpauschale würde gerade Rentnerinnen und Rentner massiv belasten. Sie nannte hier die Zahl von 696 Euro jährlich, mit der ein Rentnerehepaar zusätzlich belastet würde.

Die SPD lehnt diese so genannte "Kopfpauschale" ab. Sie fordert ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem die Kosten für Gesundheit gerecht auf alle Schultern verteilt werden. Seit dem 1. März sammelt die SPD Unterschriften gegen die Kopfpauschale. [Mehr als 66.000 Menschen haben bereits unterschrieben.](#)

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen wird nun darüber entscheiden, ob die schwarz-gelbe Koalition stark genug ist, ihr Vorhaben auch im Bundesrat durchzusetzen. Nahles machte klar: "Nur wer am 9. Mai in NRW SPD wählt, verhindert diesen unsozialen Unsinn namens Kopfpauschale!"

30.04.2010

Bundes-SPD (SPD.de)

## Maidemonstrationen 2010 - Mindestlöhne und kein Platz für Nazis



© Jürgen Jäne

Bundesweit gingen SPD und Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) am ersten Mai auf die Straßen. Gemeinsam demonstrierten sie für die Begrenzung der Leiharbeit, für die Stärkung der Tarifverträge, für mehr paritätische Mitbestimmung in den Betrieben und für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.

SPD-Chef Sigmar Gabriel und die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth zeigten sich bei einer DGB-Kundgebung im nordrhein-westfälischen Witten zuversichtlich für eine Neuauflage der rot-grünen Koalition im größten Bundesland. Gabriel unterstrich, bei der anstehenden NRW-Landtagswahl in einer Woche gehe es auch darum, mit einer anderen Bundesratsmehrheit die Steuerpläne der schwarz-gelben Koalition zu stoppen. Ebenfalls könnten dann auch die angekündigte Kopfpauschale und der geplanten "Raubzug" in den Kassen der Städte und Gemeinden verhindert werden. Gabriel und Roth betonten dabei Gemeinsamkeiten beider Parteien und forderten faire, gut bezahlte Arbeit. "Wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn", so Gabriel. Auch eine Finanzmarktsteuer befürworteten beide. Zur Finanzierung der Folgen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise forderte Gabriel in seiner Rede eine europäische Finanzmarktsteuer, die allein Deutschland pro Jahr 14 Milliarden Euro bringen könne.

Auch Generalsekretärin Andrea Nahles beteiligte sich an den DGB-Maidemonstrationen. Gewerkschaften seien auf der Höhe der Zeit, befand die Generalsekretärin mit Blick auf die hohe Beteiligung an den Kundgebungsorten. An diesem ersten Mai gingen Menschen für Gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat auf die Straße. "Der 1. Mai ist ein starkes Zeichen für lebendige Gewerkschaften und die Forderung nach einer besseren Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer."

Angeführt von der DGB-Landesvorsitzenden Doro Zinke und vom Regierenden Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, demonstrierten tausende Menschen bei der bundesweit größten Kundgebung in Berlin. Gleichzeitig zu den Maikundgebungen protestierten im gesamten Bundesgebiet mehrere tausend Menschen gegen die an verschiedenen Orten angekündigten Nazi-Aufzüge. Aufgerufen dazu hatten breite Bündnisse aus Parteien, Gewerkschaften und Anti-Rechts-Initiativen. In Berlin beteiligten sich etwa 10.000 Menschen an den überwiegend friedlichen Demonstrationen. An verschiedenen Stellen entlang der erwarteten Demonstrationstrecke der Nazis errichteten Gegendemonstranten Sitzblockaden. Die 600 angereisten Rechten konnten so nur einen Bruchteil ihrer eigentlichen geplanten Strecke absolvieren. Auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse beteiligte sich an den Blockaden. Er erklärte, die Bürger hätten das gute Recht, "ihre Straße gegen Missbrauch zu verteidigen". Auch in Schweinfurt gingen tausende Bürger unter dem Motto "Schweinfurt ist bunt, nicht braun" auf die Straßen.

01.05.2010

Bundes-SPD (SPD.de)

## Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas



SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

### Peter Simon:

## "Merkel schießt Eigentor mit Ansage"

### *Griechischer Notfallplan bringt im Extremfall wieder deutschen Steuerzahler ins Spiel*

"Der von Merkel noch vor einigen Tagen gefeierte Notfallplan entpuppt sich immer mehr als ein Pyrrhussieg und Eigentor. Und zwar mit Ansage, da absehbar war, dass man Griechenland mit Worten allein nicht wirklich würde helfen können. Wie naiv muss man vor allem nach den negativen Erfahrungen der letzten Monate eigentlich sein, davon auszugehen, dass ein bloßes und undefiniertes Bekenntnis zu einem Notfallplan ausreichen würde, um die Finanzmärkte längerfristig zu beruhigen? Das Prinzip Hoffnung ist hier gänzlich fehl am Platz, nur bestimmtes Handeln zeigt Wirkung", kommentiert der baden-württembergischen SPDEuropaabgeordnete **PETER SIMON** die von den Euro-Finanzministern vorgenommene Konkretisierung des Notfallplans für Griechenland. Diese verständigten sich darauf, Griechenland im laufenden Jahr bei Bedarf bis zu 30 Milliarden Euro zu einem Zinssatz von 5 Prozent zur Verfü-

gung zu stellen, der bei Bedarf durch IWF-Kredite in Höhe von 15 Milliarden Euro ergänzt werden soll. Da der Beitrag jedes Landes der Eurozone zum Rettungskredit für die Griechen direkt von seinem jeweiligen Anteil am Kapital in der Europäischen Zentralbank abhängt, wird Deutschland rund 8 Milliarden Euro schultern müssen.

"Allerdings wird durch die Konkretisierung klar, dass Merkel riskiert, ihre Rechnung für das mögliche Eintreten des Nothilfeplans auch auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu machen. Sollte Griechenland die Nothilfe in Anspruch nehmen, müsste die Bundesbank dem IWF Mittel zur Verfügung stellen und die Bundesregierung darüber hinaus noch zusätzliche Gelder für Kredite an Athen aufnehmen. Und im schlimmsten aller Fälle kann das den deutschen Steuerzahler noch teuer zu stehen kommen", so **SIMON** weiter. Die Sozialdemokraten hatten hingegen vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten die EU-Kommission zur Kreditaufnahme ermächtigen, um angeschlagenen Ländern wie Griechenland gegen harte Auflagen spekulationsfreie Kredite zu gewähren. "Dies wäre ein klares Signal an die Märkte gewesen, dass wir keine weiteren Spekulationen gegen den Euro oder die Euroländer zulassen und diese Lösung hätte es ohne Belastung für den deutschen Staatshaushalt gegeben", betont der Europaabgeordnete.

Besonders verärgert zeigt sich das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses darüber, dass Merkels Haltung eine gesamteuropäische Lösung unmöglich mache: "Bereits jetzt hat es sich gerächt, dass die Staats- und Regierungschefs sich dem Druck Merkels gebeugt und kein europäisches Instrument zur Krisenbewältigung geschaffen haben. Mit ihrer egoistischen Blockadehaltung untergräbt Merkel jegliche Chance für eine dauerhaft stabile Lösung im Euroraum. Statt einer wirklich europäischen Lösung gibt es so nur nationales Stückwerk", so der Europaabgeordnete.

**Für weitere Informationen:**

Brüssel, 13.04.2010

Büro Peter Simon, MdEP

## EU-Parlament öffnet Kommunen die Tür!

### *Intergroup "Öffentliche Dienstleistungen" befragt Kommunen zur Beihilfepolitik im Kontext des europäischen Wettbewerbsrechts*

Brüssel - Die fraktionsübergreifende Parlamentariergruppe "Öffentliche Dienstleistungen", die sich im Europäischen Parlament insbesondere für die Belange der Kommunen einsetzt, hat heute unter Federführung des deutschen Abgeordneten **Peter Simon** sowie seines französischen Kollegen **Pascal Canfin** eine öffentliche länderübergreifende Konsultation aller Kommunen in Europa gestartet. Gegenstand der

Konsultation sind staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Bei der Berechnung und Gewährung dieser Ausgleichszahlungen ist es in der Vergangenheit immer wieder zu Unsicherheiten in zahlreichen Kommunen gekommen.

"Damit auch in Zukunft qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu für jedermann bezahlbaren Preisen in Europa angeboten werden können, müssen wir wissen, welche Probleme auf kommunaler Ebene auftauchen. Deshalb haben wir einen Fragebogen erarbeitet, der eine Bestandsaufnahme darstellen und zukunftsweisend für weitere Schritte sein soll", so **Peter Simon**, der auch Vize-Präsident der Intergroup "Öffentliche Dienstleistungen" ist.

"Wir brauchen Rechtssicherheit in diesem Feld", so der baden-württembergische SPD Europaabgeordnete **Simon** weiter. Die Ergebnisse der Konsultation, die am 10. Mai zu Ende gehen soll, werden dann im Rahmen des nächsten Treffens der Intergroup am 21. Juni 2010 in Brüssel zusammen mit dem Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia diskutiert, um sich hieraus ergebende weitere Handlungsschritte auf den Weg zu bringen.

#### **Hintergrund:**

Staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen können bestimmten Unternehmen gewährt werden, die mit der Bereitstellung von Dienstleistungen vom allgemeinen wirtschaftlichen Interesse betraut sind. So kann beispielsweise eine lokale Behörde Geldmittel für ein durch eine nichtsstaatliche Organisation betriebenes Seniorenheim zur Verfügung stellen ohne eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. Dies spart zwar Bürokratie- und Verwaltungskosten für die lokale Ebene, vielfach ist aber gar nicht ersichtlich, wann diese Ausnahmen gemacht werden können.

**Für Rückfragen:** Büro Peter Simon Tel. 0032- 228 47558  
**Brüssel, 20. April 2010** Büro Peter Simon, MdEP

### ***Mehr Durchblick im Regal***

Nach einer Abstimmung im Gesundheitsausschuss kommt Europa bei einer besseren Lebensmittelkennzeichnung voran. „Das ist ein Fortschritt für die Verbraucherinnen und Verbraucher“, freute sich die Verbraucherschutz-Expertin Evelyne Gebhardt.

„Endlich müssen überall in der EU die Nährwertangaben der Lebensmittel verpflichtend und gut lesbar abgedruckt werden“, erklärte die Europaabgeordnete aus Hohenlohe. Lebensmittelhersteller sind zukünftig verpflichtet, Angaben zu Energiewert, Fett, gesättigten Fettsäuren und Kohlenhydraten mit besonderem Hinweis auf Zucker und Salz anzugeben.

Sie freute sich, dass auch Ballaststoffe, Eiweiß und Transfettsäuren gekennzeichnet werden müssen, wenn das entsprechende Gesetz in Kraft getreten ist. Gegen den Widerstand der konservativen Mitglieder im Umweltausschuss konnte durchgesetzt werden, dass auch das Herkunftsland für Produkte aus Fleisch, Geflügel und Milch sowie für Obst und Gemüse immer angegeben werden muss. „Das ist ein großer Erfolg für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die genau wissen wollen, wo ihre Lebensmittel herkommen“, betonte Evelyne Gebhardt.

Die SPD-Abgeordnete bedauerte den Widerstand der Konservativen gegen informative Angaben bei Portionsgrößen und dem Alkoholgehalt in Lebens- und Genussmitteln.

**Quelle:** Europa-Aktuell Nr. 4/2010

### ***Kennzeichnung für Agrarerzeugnisse***

Das Europäische Parlament fordert eine verbesserte Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse und aussagekräftige Informationen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Abgeordneten forderten die Europäische Kommission auf, geeignete Maßnahmen zu prüfen. Für die Verbraucher sei eine klare und eindeutige Kennzeichnung bei der Auswahl ihrer Lebensmittel entscheidend.

„Wichtig ist, dass der Verbraucher sieht, woher ein Produkt kommt und er die Möglichkeit hat auf regionale Erzeugnisse zurückzugreifen, ohne lange nach der Herkunft suchen zu müssen“, äußerte sich Ulrike Rodust, die agrarpolitische Fraktionssprecherin und SPD-Europaabgeordnete. Der in Brüssel verabschiedete Bericht plädiert für eine weitergehende Angabe des Erzeugungsortes als das bisher bei Lebensmitteln der Fall ist. „Damit haben wir die Möglichkeit regionale und lokale Strukturen zu stärken“, so die Sozialdemokratin weiter.

Das Europaparlament hat sich zudem gegen die von der EU-Kommission vorgeschlagene Zusammenlegung der 'geschützten Ursprungsbezeichnung' und der 'geschützten geografischen Angabe' ausgesprochen. „Ich bin sehr froh, dass wir dafür gestimmt haben, die Unterscheidung zwischen geschützter Ursprungsbezeichnung und der geschützten geografischen Angabe beizubehalten. Es macht doch einen großen Unterschied, ob Produkte in ihrer traditionellen Ursprungsregion nach regional typischen und traditionellen Herstellungsweisen hergestellt werden oder ob sie lediglich in der Region verarbeitet werden“, sagte Ulrike Rodust.

**Quelle:** Europa-Aktuell Nr. 4/2010

## Freier Internetzugang ist Grundrecht

Eine „notwendige Warnung“ an die Europäische Kommission nannte der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange die vom Europäischen Parlament verabschiedete Resolution zu den hinter verschlossenen Türen stattfindenden ACTA-Verhandlungen - ein internationales Abkommen, das Produktfälschungen und Urheberrechtsverletzungen begrenzen soll.

Aus internen Dokumenten wurde deutlich, dass das Abkommen Internetprovider dazu verpflichten könnte, das Internetangebot zu kontrollieren, einzuschränken und Internetnutzern den Netzzugang zu sperren. „Damit würden Provider quasi zu Hilfsheriffs von wirtschaftlichen Interessen“, warnte Bernd Lange. Gleichzeitig werden in den Verhandlungen auch offline Maßnahmen, wie die Durchsuchung elektronischer Datenträger an Grenzen ins Auge gefasst. „Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse mit automatischen Internetsperren und astronomischen Schadenersatzsummen, wir wollen auch keine Kontrollen von Laptops und MP3-Playern. Der Kampf gegen Produktpiraterie darf nicht dazu führen, das Grundrecht auf freien Internetzugang für private Nutzer sowie für Forschung und Wissenschaft einzuschränken“, forderte Bernd Lange.

Bereits im November 2009 setzte das Europäische Parlament im Telekom-Paket durch, dass einer Internetsperrung ein faires und unabhängiges Rechtsverfahren vorausgehen muss. Außerdem gelten die Unschuldsvermutung und das Recht auf Privatsphäre. „Sollte die Europäische Kommission diese Regelungen zum Schutz der Internetnutzer durch ein internationales Handelsabkommen nun hintergehen, wird das Europäische Parlament dem Abkommen nicht zustimmen“, kündigte Bernd Lange an.

Quelle: **Europa-Aktuell Nr. 4/2010**

## Finanztransaktionen besteuern

Das Europäische Parlament hat mit breiter Mehrheit die Europäische Kommission aufgefordert, Möglichkeiten zur Besteuerung von Finanztransaktionen zu prüfen. Der sozialdemokratische Fraktionssprecher für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Dr. Udo Bullmann, forderte die Europäische Union zu entschlossenem Handeln auf: „In der Welt gibt es 70 bis 90-mal mehr spekulative Finanztransaktionen als Geldbewegungen, die mit der realen Wirtschaft zusammenhängen. Eine Finanztransaktionssteuer kann helfen, hier wieder eine gesunde Balance zu finden.“ Gleichzeitig könnten so die Verursacher der gegenwärtigen Krise an der Bewältigung der enormen Kosten beteiligt werden.

„Ich erwarte von der EU-Kommission, dass sie alle Optionen prüft, inklusive einer eigenen europäischen

Finanztransaktionssteuer. Wir dürfen uns nicht hinter den USA oder anderen Ländern verstecken, wenn es auf der globalen Ebene keinen Fortschritt in dieser Frage gibt“, stellte Bullmann klar. Den Gegnern einer Besteuerung von Finanztransaktionen hielt der Sozialdemokrat entgegen: „Es leuchtet mir nicht ein, warum eine Transaktionssteuer von 0,01 oder 0,05 Prozentpunkten angeblich die Wettbewerbsfähigkeit Europas ruiniert. Gerade dann nicht, wenn die EU-Kommission im gleichen Atemzug Mitgliedstaaten mit Haushaltsproblemen nahelegt, die auf den realen Verbrauch von Gütern bezogene Mehrwertsteuer um mehrere Prozentpunkte zu erhöhen.“ Insgesamt bewertet Bullmann die Haltung der EU-Kommission als zu ausweichend: „Gerade bei der Besteuerung von Finanztransaktionen muss die Kommission auch auf internationalem Parkett mehr Courage zeigen.“

Quelle: **Europa-Aktuell Nr. 4/2010**

## Mit der Klasse nach Europa

Euroscola ist ein Programm des Europäischen Parlaments, das Schülerinnen und Schülern den Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg ermöglicht. Etwa 500 Schülerinnen und Schüler aus sämtlichen europäischen Mitgliedsländern kommen in den Räumen der europäischen Volksvertretung zusammen, um Europa besser kennen zu lernen und gemeinsam über die EU zu debattieren.

Das Europäische Parlament gewährt einen Fahrtkostenzuschuss, der von der Größe der Schülergruppe und der zurückzulegenden Distanz abhängt.

Euroscola richtet sich grundsätzlich an Schulklassen der gymnasialen Oberstufe; andere Schulformen und Altersstufen können bei Vorliegen der Voraussetzungen auch berücksichtigt werden.

Um an dem Programm teilzunehmen, müssen die Schulen sich für das Programm bewerben.

Weitere Informationen erhalten Sie beim Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Straßburg:

Tel. 0033 / 3 88 17 40 01

[epstrasbourg@europarl.europa.eu](mailto:epstrasbourg@europarl.europa.eu)

Quelle: **Europa-Aktuell Nr. 4/2010**

## Peter Simon:

**"Willkommen in der Realität! -  
jetzt wird das ganze Ausmaß  
von Merkels Notfallplan  
deutlich"**

**Griechenland bittet offiziell um  
Finanzhilfen**

"Die Zeit des Rumtaktierens ist nun unwiderruflich vorbei. Jetzt wird sich zeigen, was der noch vor we-

nigen Wochen gefeierte Notfallplan von Frau Merkel wirklich bedeutet, wie seine Umsetzung eigentlich aussieht und welche Konsequenzen das konkret für Deutschland haben wird", so kommentiert der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter Simon** die heutige Ankündigung Griechenlands, das Rettungspaket in Anspruch nehmen zu müssen. "Was von Experten befürchtet wurde, ist nun eingetreten. Die Ankündigung, dass einzelne europäische Länder mit Krediten in die Bresche springen, hat die Spekulationen an den Finanzmärkten eher in die Höhe getrieben. Nur eine abgestimmte gesamteuropäische Lösung hätte eine reale Chance gehabt, dem einen Riegel vorzuschieben. Der nicht konkretisierte Notfallplan der Bundeskanzlerin hat dagegen dazu geführt, dass wir erneut von den Finanzmärkten getrieben wurden. Frau Merkel hat sich schlicht und einfach verzockt", so das Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung weiter. Die Sozialdemokraten hatten vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten die EU-Kommission zur Kreditaufnahme ermächtigen, um angeschlagenen Ländern wie Griechenland gegen harte Auflagen spekulationsfreie Kredite zu gewähren. "Dies wäre ein klares Zeichen an die Märkte gewesen, dass wir keine Spekulationen mehr gegen den Euro oder die Euroländer zulassen und diese Lösung hätte es ohne direkte Belastung für den deutschen Staatshaushalt gegeben", betont der Mannheimer Europaabgeordnete.

"Jetzt ist Frau Merkel gefordert, Farbe zu bekennen. Sie kann sich nicht mehr hinter der Aussage verstecken, dass die Griechen den Notfallplan vielleicht gar nicht in Anspruch nehmen müssen. Die Salami-Taktik der letzten Wochen, in denen der Öffentlichkeit die Wahrheit über den konkreten finanziellen Beitrag Deutschlands für das Eintreten des Ernstfalls häppchenweise präsentiert wurde, hat ab sofort ebenso wie die anfängliche Mär von einer Lösung zum Nulltarif ein Ende. Nun ist auch für jedermann die Gefahr ersichtlich, dass der Notfallplan im schlimmsten aller Fälle auch den deutschen Steuerzahler teuer zu stehen kommen kann. Und dafür kann man sich dann direkt bei Frau Merkel bedanken. Sie hätte auf ihren Finanzminister hören sollen, dessen europaorientierter Lösungsvorschlag vom Ansatz her in die richtige Richtung ging. Stattdessen hat sie rechthaberisch ihren Willen gegen den Rest Europas durchgedrückt", so **Simon** weiter.

"Wir stehen jetzt vor einer Bewährungsprobe, deren Ausgang entscheidend für die Zukunft von Europa ist. Diese hätten wir uns bei einem gemeinsamen europäischen Vorgehen wahrscheinlich sparen können. Ich hoffe nur, dass jetzt auch dem Letzten klar ist, dass für Alleingänge kein Platz mehr ist und wir nur gemeinschaftlich handeln können", so das abschließende Fazit von **Simon**.

**Für weitere Informationen:**

**Büro Peter Simon, Tel. 0032 2 2849558**

## Neue Umfrage:

### **SPD im Aufwind – Regierungskoalition erstmals seit neun Jahren unter 50 Prozent**

**Faktionschef Schmiedel:** „*Der SPD gelingt es schneller als erwartet, wieder aus dem Keller herauszukommen*“

**Finanzexperte Schmid:** „*Es reicht nicht mehr aus, dass die Landesregierung immer nur auf die Erfolge der Vergangenheit verweist und für die Zukunft darauf setzt, dass sich alles schon irgendwie einrenken wird*“

SPD im Land im Aufwind, die Regierungskoalition erstmals seit neun Jahren unter 50 Prozent der Stimmen. Das sind die beiden Hauptergebnisse einer neuen Umfrage, die von dem renommierten Institut Infratest Dimap für die SPD-Fraktion erstellt wurde. Zwischen dem 23. März und dem 13. April wurden im Land knapp 1000 Wahlberechtigte ab 18 Jahren nach einer repräsentativen Zufallsauswahl befragt. Bei der Sonntagsfrage gibt es im Vergleich zu der Infratest-Umfrage vom Februar für SWR und Stuttgarter Zeitung folgende Ergebnisse (siehe Grafiken, S. 3):

CDU 41 % (-2); SPD 23 % (+ 3), Grüne 17 % (+/-0), FDP 8 % (-3), Linke 5 % (+1), Sonstige 6 % (+ 1)

Die SPD ist positiv überrascht über dieses Ergebnis. „Und gelingt es schneller als erwartet, wieder aus dem Keller herauszukommen“, erklärt Fraktionschef Claus Schmiedel. „Wir sind damit natürlich noch nicht zufrieden, aber die Tendenz stimmt“, betont Nils Schmid, stellvertretender Fraktionschef und designierter Spitzenkandidat.

Die SPD verweist auch auf die Ergebnisse der Koalition. Besonders der Niedergang der FDP wirke sich jetzt aus: CDU und FDP liegen erstmals seit neun Jahren in den Umfragen unter 50 Prozent der Stimmen. „Die Menschen im Land bemerken zunehmend, wie rückwärtsgewandt und handwerklich schlecht die Regierungsarbeit ausfällt“, sagt Schmiedel. „Es reicht nicht mehr aus, dass die Landesregierung immer nur auf die Erfolge der Vergangenheit verweist und für die Zukunft darauf setzt, dass sich alles schon irgendwie einrenken wird“, betont Schmid.

Die Umfrage zeigt zudem, dass die Wähler den Wechsel zu Ministerpräsident Mappus nicht honorieren. Mappus ist demnach gerade jedem zweiten Baden-Württemberger überhaupt bekannt. Besonders problematisch für die CDU: Lediglich eine kleine Minderheit von gerade einmal 16 Prozent der Wähler schreibt dem Ministerpräsidenten positive Eigenschaften wie „Sympathie, Dynamik und Durchsetzungsvermögen“ zu, wobei diese Begriffe von den Befragten selbst genannt sind. Nicht nur das: Dieser

Positivwert liegt nur unwesentlich höher als der Negativwert. 14 Prozent erkennen bei Mappus selbst genannte negative Eigenschaften wie „korpulent, unsympathisch, machtbesessen“. „Damit ist fraglich, ob Mappus überhaupt einmal die Sympathiewerte eines Landesvaters und den Amtsbonus auf sich vereinen kann“, sagt Schmiedel. Dies treffe die CDU besonders. „Mappus ist derzeit offensichtlich eher eine Belastung, denn ein Vorteil für seine Partei“, unterstreicht der Fraktionschef.

Die positive Tendenz der Umfrage für die SPD zeigt sich auch beim Punkt Zweitpräferenz, also: Wenn ihre Partei aus irgendeinem Grund nicht wählbar wäre, welche andere Partei käme für Sie dann in Frage (Tabelle S. 4)? Hier wird deutlich, dass die SPD ihr Ergebnis der Sonntagsfrage bei der Wahl deutlich steigern könnte. „Unser Potenzial ist bei weitem nicht ausgeschöpft“, erklärt Schmiedel. Die SPD ist demnach in allen politischen Lagern für große Wählergruppen attraktiv: 29 Prozent der CDU-, 68 Prozent der Grünen- und 34 Prozent der Linke-Wähler wären für die SPD erreichbar. „Das bestätigt mal wieder, dass die SPD in Baden-Württemberg weiterhin als Volkspartei agieren kann“, betont Schmid. Übrigens halten nur 12 Prozent der Grünen-Wähler die CDU für attraktiv.

Besonders erkennbar ist das SPD-Potenzial bei den jungen Wählern zwischen 18 und 29 Jahren (Tabellen, S. 3), bei denen sie mit 34 Prozent den weitaus größten Anteil aller Parteien bei der Zweitpräferenz hat. „Dies zeigt auch, welche Chancen wir haben, wenn wir unsere Politik künftig noch stärker auf die jüngeren Bürger ausrichten“, erklärt Schmiedel. Allerdings hängt dieser hohe Wert auch damit zusammen, dass bei den jungen Wählern in der Sonntagsfrage bislang eine Achillesferse der SPD erkennbar ist (Tabellen, S. 1). Sowohl bei den 18- bis 29-Jährigen mit 16 Prozent als auch bei den 30- bis 44-Jährigen mit 17 Prozent weist die SPD unterdurchschnittliche Ergebnisse gegenüber dem Gesamtergebnis von 23 Prozent auf.

Angesichts des Alters dieser Wählergruppe gehe es etwa um Berufseinsteiger, um Studenten sowie um junge Familien im Land. Zu vermuten sei, dass bei ihnen die Sicherheit im Beruf eine große Rolle spiele. Die SPD will deshalb in ihrer Politik noch mehr die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Ablehnung von Leiharbeit und befristeter Stellen sowie die Einführung allgemeiner Mindestlöhne markieren. „Die CDU muss sich darauf einstellen, dass wir die Qualität der Arbeit im Land künftig noch stärker in den Mittelpunkt stellen“, sagt Schmiedel.

Die Fraktion ist aber auch erfreut darüber, dass sie in der Generation der 45- bis 59- Jährigen mit 29 Prozent die Mehrheit hat, während die CDU gegenüber ihrem allgemeinen Wert mit 26 Prozent stark abfällt. „Die Schaffer wählen SPD“, betont Schmiedel. Das unterstreiche, dass die bisherige Politik in Baden-

Württemberg für diese Generation ausgebaut werden könne.

Stuttgart, 20. April 2010

Dr. Roland Peter,  
Pressesprecher

## SPD - Kreisverband Bodenseekreis



MdL Norbert Zeller

### Bewerbungen für die Nominierung zur Landtagskandidatur und der Ersatzkandidatur im Wahlkreis Bodensee

Am **10.05.2010** findet auf einer Kreismitgliederversammlung die Nominierung des/der Landtagskandidat/in und Ersatzkandidat/in für die Landtagswahlen 2011 statt.

**Wann:**

**19.00 Uhr bis 21.30 Uhr**

**Wo: Dorfgemeinschaftshaus Überlingen-Nußdorf**

Bisher haben ihre Bewerbung angemeldet:

#### Landtagskandidatur:

**Norbert Zeller, MdL**



## Ersatzkandidatur:

### Adnan Sabah



d. R.

## Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum:

### Zeller:

### **Fünf Kreisgemeinden dabei**

Aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum werden die Gemeinden Deggenhausertal, Salem, Owingen, Uhdlingen-Mühlhofen und Hagnau aus dem Bodenseekreis in den Genuss von Fördermitteln kommen, teilt der Abgeordnete der Bodenseeregion Norbert Zeller laut einer Mitteilung des Ministeriums in Stuttgart mit. Die Programmentscheidungen für 2010 stehen fest. Das Antragsvolumen überstieg wie in den Vorjahren wieder die zur Verfügung stehenden Mittel um ein Vielfaches, erklärte das Ministerium für Ländlichen Raum in Stuttgart. Insofern ist es erfreulich, so Zeller, dass fünf Gemeinden aus dem Bodenseekreis in den Genuss der Landesförderung kommen:

Deggenhausertal mit insgesamt 130 400 Euro, davon 20 000 Euro für die grundlegende Modernisierung der OG- Wohnung im alten Schulhaus im Limpach und nochmals 20 000 Euro aus Landesmitteln für die DG-Wohnung darin, für die Umnutzung eines leerstehenden Ökonomiegebäudes zur Eigennutzung in Obersiggingen 40 000. Für den Ausbau des Dorfplatzes erhält die Gemeinde Deggenhausertal 50 400 Euro Landesmittel.

Hagnau kann für den Umbau einer ehemaligen privaten Pension zu Mietwohnungen 40 000 Euro erhalten. In der Gemeinde Owingen wird ein privat- gewerbli-

ches Vorhaben im Kohlerhaus mit 7 500 Euro gefördert und zusätzlich die dazugehörige Privatwohnung mit 20 000 Euro Landesmitteln. In Hohenbodman gibt es für den Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses 141 800 Euro; in Salem Weildorf für ein privates Vorhaben des Umbaus eines leerstehenden Ökonomiegebäudes zu einer familiengerechten Wohnung jeweils 20 000 Euro und in Oberstenweiler zu dem kommunalen Vorhaben der Erweiterung und dem Umbau der alten Feuerwehrgarage zu einem Dorfgemeinschaftshaus jeweils 61 100 Euro.

Schließlich erhält Oberuhldingen für ein privatgewerbliches Vorhaben, Neubau eines Hotels für Radfahrer mit Fahrradladen, jeweils 200 000 Euro.

09.04.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

## Gönner zu Radweg Sipplingen

### Zeller:

### **LKW-Umleitung in Aussicht**

In die Sache „Radweg Sipplingen“, zu dem der Landtagsabgeordnete Norbert Zeller bei der neuen Verkehrsministerin Tanja Gönner eine Anfrage zu der Neuplanung entlang der B 31 alt machte, kommt anscheinend Bewegung. Dies schließt Zeller, SPD, aus der Antwort von Gönner, die im Gegensatz zum früheren Verkehrsminister Müller, CDU, und zum früheren Staatssekretär Rudolf Köberle, CDU, nun erstmals das Problem der stark zugenommenen LKW-Fahrten in dem Bereich der B 31 aufgreift und ein zeitlich befristetes Verkehrskonzept zur Umlenkung für den LKW-Druchgangsverkehr auf der B 31 von und in Richtung Stockach erarbeiten lässt.

„ Es sind rund 680 LKW täglich auf dieser Strecke unterwegs“, so der Bericht des Regierungspräsidiums, „und 100 davon, also 14,7 %, die auf der B 31 alt unterwegs sind, könnten auf die B 31 neu verlagert werden“, heißt es in dem Schreiben von Tanja Gönner an Zeller. Der bewertet dies schon mal als einen Schritt in die richtige Richtung und wundert sich erfreut, dass dies nun möglich werden soll, wo doch die Vorgänger von Gönner dies immer als nicht machbar darstellten. Er hatte als Zwischenlösung dies seit langem gefordert, war in der Vergangenheit damit aber bei der Landesregierung auf Ablehnung gestoßen.

Klar geht aus dem Schreiben der neuen Umweltministerin auch hervor, dass der Radfahrverkehr auf der B 31 alt in Sipplingen enorm zugenommen hat. Im Juli 2004 wurden an einem normalen Werktag 600 Radfahrer und an einem schönen Sonntag 1530 Räder gezählt, Die Prognosen sehen nun so aus, dass im Jahr 2025 am Normalwerktag die Radfahrer auf 1020 und an einem schönen Sonntag auf 2750 geschätzt werden.

Zeller hatte bei Gönner nach einem Besuch in der Gemeinde Sipplingen angefragt, weshalb eine neue Radwegeplanung vorgenommen werden soll und wie diese aussehe und bis wann mit einer Lösung zu rechnen sei, die angesichts der gefährlichen Situation für Radfahrer des Bodenseefahrradrundwegs in Sipplingen dringend erforderlich sei. Darauf erklärte Gönner nun, dass die bisherige Planung vorsah, den Radweg auf einem rund 850 Meter langen Steg am Bodenseeuferbereich zu führen. Aufgrund der hohen Kosten habe das Regierungspräsidium die Machbarkeit der abschnittweisen Führung des Radwegs in Dammlage entlang der bestehenden Bahnstrecke anstelle der Steglösung untersucht. Diese Prüfungen und Abstimmungen mit Naturschutzaspekten usw. sollen in einem Vorentwurf bis Herbst fertig sein, so dass dann ein Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens gestellt werden kann. Die Kosten für die Maßnahme beliefen sich auf rund 3,7 Mio. €.

15.04.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

## Wechsel an der Spitze der SPD Ailingen

**Bei der Jahreshauptversammlung der SPD Ailingen am 14. April kam es zum Wechsel an der Spitze des Ortsvereins: Peter Lutat folgt auf den bisherigen Ortsvereinsvorsitzenden Matthias Mayr.**

Peter Lutat, Diplom Verwaltungswirt im Landratsamt, wurde mit einer Enthaltung zum neuen Ortsvereinsvorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter ist Peter Mohr aus Berg. Die Kasse wird weiterhin von Marianne Kirchgässner geführt, Angela Tautkus ist Schriftführerin.

Peter Lutat kam zwar erst 2008 zur SPD, engagierte sich allerdings schon seit längerer Zeit für die SPD, unter anderem kandidierte er bereits 2005 zum ersten Mal für die SPD für den Ortschaftsrat Ailingen. Bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr erreichte er schließlich das 4. beste Ergebnis auf der Liste der SPD. Darüber hinaus engagiert sich Lutat noch im Vorstand des Stadtsportverbands.

In seinem letzten Rechenschaftsbericht nach vier Jahren Vorsitz resümierte Matthias Mayr über das vergangene Jahr mit den Kommunal- und Bundestagswahlen. Mayr bedankte sich bei allen Kandidaten und Helfern, die das gute Abschneiden der SPD in Ailingen erst ermöglicht hätten. Der Ailingener SPD gelang der Sprung von bisher zwei Mandatsträgern im Ortschaftsrat und einem im Gemeinderat auf 3 Ortschaftsräte und zwei Gemeinderäte. Ein weiterer Höhepunkt der Jahreshauptversammlung war die

Ehrung langjähriger Mitglieder im Ortsverein. Horst Rödel und Horst Kloesges wurden für jeweils 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurde Marianne Kirchgässner, Herta Geiger, Brigitte Brandenburg, Hella Pietsch, Ingeborg Doll, Elke Zeller, Peter Mohr und Klaus Schimm geehrt. Da Matthias Mayr aus Ailingen wegzieht kann er das Amt des Ortsvereinsvorsitzenden nicht mehr wahrnehmen.

16.04.2010

Matthias Mayr

## Ende einer Geschäftsbeziehung

Der Lesebrief, auf den sich der nachfolgende Artikel bezieht, wurde anscheinend nie im SÜDKURIER veröffentlicht.

### Rotraut Binder

Flurweg 51  
88045 Friedrichshafen

16. April 2010

### SÜDKURIER GmbH Medienhaus

Max-Stromeyer-Str. 178  
78467 Konstanz

### Kündigung meines SÜDKURIER-Abonnements

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündige ich mein SÜDKURIER-Abonnement.

Damit Sie sich eventuelle Nachfragen ersparen, gebe ich gleichzeitig meine schriftliche Begründung dafür ab:

- Seit längerer Zeit ärgere ich mich über die politisch sehr einseitige Berichterstattung und den nachlässigen inhaltlichen Umgang mit politischer Arbeit. Bis zum Herbst letzten Jahres war ich Mitglied des Kreistags im Bodenseekreis und habe mich immer wieder gewundert, dass eine Lokalredaktion sich nicht schämt, Berichte aus dem Kreistagsgeschehen abzu drucken, die oft nicht mehr waren als die inhaltliche Wiedergabe der Tagesordnung. Dass es nicht mehr sein konnte, war auch nicht verwunderlich: Gar nicht so selten verließ der SÜDKURIER-Mitarbeiter schon nach kurzer Zeit und vor seinen Kollegen die Sitzung. Dabei hat er natürlich nicht mitbekommen können, was brisante Themen sind. Als nach 30 Jahren kontroverser Diskussion ein Frauenhaus für den Bodenseekreis beschlossen wurde, war ihm das die lapidare Meldung wert, dass sich die Frauen aller Fraktionen positiv dazu geäußert hatten. Ein Funken der Empathie, mit der wir über mehrere Monate ein weltbewegendes Erdloch in Ittenhausen per SÜDKURIER verfolgen konnten, hätte hier schon sehr gut getan!

- Ich weiß auch, dass ich nicht die erste bin, die sich darüber beschwert, wie Berichte über die Aktivitäten der SPD in Friedrichshafen und im Bodenseekreis

gehandhabt und platziert werden. Als die SPD Friedrichshafen im März dieses Jahres einen spektakulären Vorsitzendenwechsel vollzog, musste man den dazugehörigen Artikel sehr genau suchen, um ihn nicht zu übersehen. Dafür konnte man in derselben Ausgabe auf Seite 1 halbseitig über die Versammlung des Württembergischen Yachtclubs lesen – offenbar gesellschaftlich wesentlich relevanter.

Völlig ist mir der Kragen geplatzt, als bei der jüngsten SPD- Kreisdelegiertenkonferenz, bei der ein sehr kompetenter Referent sprach, der SÜDKURIER am 26. März 2010 seine Schlagzeilen lediglich dem Mitgliederschwund widmen konnte. Dazu habe ich einen geharnischten Leserbrief verfasst, den Sie in der Anlage finden. Vielleicht können Sie erkunden, was aus einer Veröffentlichung wurde.

Als „Häflerin“ bin ich in der glücklichen Lage, nicht auf den SÜDKURIER als Informationsquelle angewiesen zu sein und verkrafte deswegen den Wegfall dieser Lektüre auch nach so vielen Jahren sehr leicht.

Ich hoffe auf Fairness zumindest in der weiteren Berichterstattung für den Verein Freundeskreis Polozk e.V., dem ich vorstehe.

Mit freundlichen Grüßen

**Rotraut Binder**

## **Zeller kämpft für Ganztageschule Fischbach**

### **Staatssekretär sagte Prüfung zu**

Norbert Zeller hat in der letzten Sitzung des Schulausschusses in dieser Woche Staatssekretär Georg Wacker im Kultusministerium ein Schreiben an die neue Kultusministerin, Marion Schick, übergeben, in dem er sich für den Antrag der Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule Fischbach auf Einrichtung eines Ganztagesbetriebs erneut Abgeordneter der Bodenseeregion für Fischbach eingesetzt. „Fischbach braucht die einsetzt. Schon in den letzten Jahren hatte sich Zeller als Bildungsexperte seiner Fraktion und Ganztageschule auch für die Grundschule“, erklärt Zeller, der die von der Schule angeführten Argumente für die GTS für absolut stichhaltig hält.

Im Umfeld der Schule, vor allem im Wohngebiet „Stockerholz“, gibt es viele städtische Sozialwohnungen, in denen sozialschwache Familien, Teilfamilien und Aussiedler leben. Kinder aus diesen Familien sind Schüler der Schule in Fischbach mit der Außenstelle Schnetzenhausen. Viele dieser Kinder erfahren eine zu geringe häusliche Unterstützung, sind sich selbst bei Hausaufgaben und in der Freizeit überlassen, haben keine geregelten Mahlzeiten und fallen durch zunehmende Aggressivität auf, erklärt die

Schule in ihrem Antrag auf Genehmigung als Ganztageschule.

Das frühere Betreuungsangebot in der Kindertagesstätte am Krankenhaus wurde auch schon vor längerem auf Beschluss des Gemeinderats gestrichen, so dass hier eine Ganztageschule einspringen sollte, damit die Kinder nicht gänzlich ohne Betreuung in der unterrichtsfreien Zeit verblieben. Weil eben viele Eltern auf eine Ganztagesbetreuung angewiesen seien, so in der Begründung der Schule, seien viele Eltern gezwungen auf andere Ganztageseinrichtungen auszuweichen. Die Zahl der Kinder, die deshalb nicht mehr in Fischbach angemeldet würde, steige zunehmend.

„Alle diese Argumente, sind dem Kultusministerium längst bekannt“, erklärt Norbert Zeller, der sich dennoch mit einem Schreiben an die neue Kultusministerin wandte, und eine erneute Prüfung des Antrags der Schule Fischbach auf Ganztageseinrichtung forderte. Wie im Schulausschuss aktuell erklärt wurde, gebe es ausreichend Lehrerstellen laut Regierungspräsidium Tübingen. Zeller hält die bisher als Negativargument herangezogene Grenze von einem 40 prozentigen Deckungsgrad durch Ganztageschulen in einer Stadt, wie es in Friedrichshafen der Fall ist, und weshalb bisher der Antrag von Fischbach abgelehnt wurde, für nicht fundiert und stichhaltig, weil hier nicht auf die besondere Situation vor Ort eingegangen wird.

Zeller führt weiter an, dass er der Ansicht ist, dass aber generell die Stundenzuweisungen bei Ganztageschulen zu gering seien. „Die zusätzlichen Stundenkontingente reichen leider immer noch nicht für eine „echte“, pädagogisch wertvolle Ganztagesbetreuung“, so Zeller in seiner Kritik an die Landesregierung. Er sieht die Einrichtung von Ganztageschulen in erster Linie als Landesaufgabe und nicht als Aufgabe der Kommunen, die den Betreuungsteil aus Landessicht übernehmen sollen.

22.04.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

### **Norbert Zeller zu Berufliche Gymnasien:**

## **Im Bodenseekreis fehlen 138 Plätze**

***„Landesregierung muss mehr Klassen einrichten und allen zugangsberechtigten Schülern Besuch ermöglichen.“***

Auch im kommenden Schuljahr werden viele Bewerber um Plätze an den beruflichen Gymnasien im Bodenseekreis eine Absage erhalten. Das ist das Ergebnis einer entsprechenden Anfrage des SPD-Abgeordneten Norbert Zeller an Kultusministerin Marion Schick.

Demnach haben sich 650 zugangsberechtigte Schüler um einen Platz an einem der beruflichen Gymnasien im Bodenseekreis beworben. Dazu zählen neben 79 Schülern aus den jetzigen Klassen 9 und 10 der achtjährigen Gymnasien auch 571 Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss, also nach Realschule, Werkrealschule und zweijähriger Berufsfachschule, die die formalen Aufnahmevoraussetzungen erfüllen. Dieser Nachfrage von insgesamt 571 Bewerbern stehen jedoch voraussichtlich nur 433 Plätze an den beruflichen Gymnasien gegenüber. So viele Schüler besuchen in diesem Schuljahr die Eingangsklassen der beruflichen Gymnasien im Kreis. Es fehlen somit 138 Plätze, was rund 25 Prozent entspricht.

„Anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass die beruflichen Gymnasien allein aus Kapazitätsgründen nicht in der Lage sind, alle Interessierten aufzunehmen“, so SPD-Landtagsabgeordneter Norbert Zeller. Zwar könnten gegebenenfalls einige so genannte Pool-Klassen eingerichtet werden. Da sich aber auch die Zahl der Bewerber durch die Wiederholer noch erhöhen werde, würden diese vermeintlich zusätzlichen Plätze an der Situation kaum etwas ändern.

Norbert Zeller forderte deutliche Verbesserungen vom Land: „Das Problem ist ja nicht neu. Die Landesregierung muss endlich einsehen, das ihr bisher verfolgtes Prinzip „Es wird schon alles nicht so schlimm werden“ gescheitert ist.“ Er verwies auf eine aktuelle Gesetzesinitiative der Landtagsfraktion, mit der die SPD künftig jedem zugangsberechtigten Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss gesetzlich einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einem beruflichen Gymnasium garantieren will. „Mit dieser Gesetzesinitiative wollen wir die Landesregierung dazu zwingen, die Zahl der Klassen an den beruflichen Gymnasien deutlich zu erhöhen und ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen“, so der Parlamentarier, der auch Vorsitzender des Schulausschusses im Landtag ist.

Es sei ein falsches Signal, dass Schüler unter einer verfehlten Schulpolitik des Landes leiden müssten. „Einerseits wirbt das Land für seine Realschulen mit dem Hinweis auf gute schulische Anschlussmöglichkeiten, andererseits stellt es aber zu wenige Plätze an beruflichen Gymnasien zur Verfügung“, kritisierte Zeller. So müssten sich viel engagierte Schüler nach einer Absage demotiviert auf die Suche nach Alternativen machen.

Voraussetzung für die Aufnahme in die Eingangsklasse der beruflichen Gymnasien ist die mittlere Reife. Für Realschüler, Werkrealschüler und Berufsfachschüler ist dabei ein Notenschnitt von mindestens 3,0 in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie der ersten Pflichtfremdsprache notwendig. „Wenn dieser Schnitt nicht als Rechtsanspruch gilt, werden die Notenschnitte vom Ministerium so angehoben, dass

dies für die Schüler zum Lotteriespiel wird“, befürchtet Zeller. Die so genannte Durchlässigkeit des Bildungssystems sei ohne Rechtsanspruch nur eine Farce, weil ein Schüler mit durchaus gutem Notenschnitt wegen einem Zehntel schon aus dem Aufnahmeraster fallen könne.

„Dies ist nicht hinnehmbar“, so Zeller und das Land müsse nun handeln.

23.04.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

## **Feuerwehrtag am 15. Mai im Landtag**

**Zeller:**

### **SPD gegen längere Dienstzeit**

„Die notwendige Leistungsfähigkeit ist mit steigenden Alter problematisch und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit unverantwortlich“, argumentiert der Abgeordnete der Bodenseeregion Norbert Zeller zu den derzeit heiß umstrittenen Plänen der Landesregierung zur Erhöhung der Sonderaltersgrenzen bei Polizei, Justiz und Feuerwehr von 60 auf 62 Jahre, die die SPD entschieden ablehnt. Bei dem am 15. Mai 2010 im Landtag in Stuttgart stattfindenden „Feuerwehrtag“ der SPD-Landtagsfraktion wird es unter anderem um dieses Thema gehen. Weitere Referate werden sich mit „Frauen in der Feuerwehr“, „Integration in der Feuerwehr und dem „Thüringer Modell“ beschäftigen. Eingeladen sind dazu alle Angehörigen der Feuerwehren im Land. Diese sollen Gelegenheit haben, ihre Anliegen an die Landespolitik zu richten und mit den Politikern zu diskutieren (Samstag 15. Mai 10 bis 13 Uhr).

In der aktuellen, sehr brisanten Diskussion steht derzeit aber klar die Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Berufs-Feuerwehrlaute von 60 auf 62 Jahre. Die in diesen Berufen notwendige Leistungsfähigkeit lasse bereits ab dem 50. Lebensjahr nach so Zeller. „Es ist unverantwortlich, die Beamten über das 60. Lebensjahr hinaus an ihre Pflichten zu binden“. Bei den Beamten der Berufsfeuerwehren werde diese Problematik besonders deutlich. „Die jährlich zu absolvierende Prüfung der Atemschutztauglichkeit und die enorme Einsatzbelastung machen eine verlässliche Personalwirtschaft bei älteren Beamten unmöglich“, argumentiert die SPD-Landtagsfraktion. Allerdings gebe es in den Reihen der Feuerwehr kaum alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zum Einsatzdienst, da wenig rückwärtige Verwaltungsdienste existierten. Er lädt zur Diskussion alle Feuerwehrlaute der Bodenseeregion sehr herzlich ein, am 15. Mai im Landtag dieses Thema zu diskutieren aber auch die Gelegenheit zu nutzen, weitere Anliegen der Feuerwehren direkt mit den Politikern anzusprechen.

29.04.2010

Büro Norbert Zeller, MdL



## Weihnachtsaktion der Jusos

28.01.2010  
Asylheim in Goldbach

Am 28.01.2010 fand die Weihnachtsaktion der Jusos Bodensee im Asylheim in Goldbach statt. Anwesend waren rund ein dutzend Jusos und Gäste, sowie ca. 35 Bewohner des Asylheims. Nachdem zuerst die Betreuerin des Asylheimes, Beatrice Mangold kurz die Situation erläuterte berichtete stellvertretend eine 18-jährige Mutter über ihr Schicksal. Danach wurde der Lebensraum der Bewohner auf ihren Wunsch besichtigt. Es war den Bewohnern ein deutliches Anliegen, auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Es Leben momentan ca. 50 Bewohner in Goldbach. Der Großteil der Bewohner kam aus Afrika, einige aus dem Balkan, aber auch aus dem Nahen Osten.

Dank der Hilfe von Irene Demuth und von Christian Gospodarek wurde es doch ermöglicht, die Spenden über das SPD-Konto an die Weihnachtsaktion zu übergeben wodurch es auch möglich wurde Spenden-Quittungen auszustellen.

Durch ein Kommunikationsproblem ist eine weitere Mail der Jusos, die hierauf aufmerksam machen sollte nicht in den Verteiler gelangt. Deswegen sind bis zum Tag der Aktion keine Spenden eingegangen.

Das führte dazu, dass die Jusos Bodensee selbst Sachspenden durch ca. 100.- € finanziert haben. Bei der letzten Vorstandssitzung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass auch nachträglich Spenden auf das SPD-Konto noch möglich sind, um so die Weihnachtsaktion zu unterstützen. Ein Teil der Spenden konnte so mittlerweile dankenswerter Weise schon finanziert werden. Falls die Summe der Spenden den bisherigen Spendenumfang übersteigen sollte, werden die Jusos die Spenden für die nächste Weihnachtsaktion aufbewahren.

Durch die eingebrachte Summe konnten eine Vielzahl von Schreib- und Malblöcken, Stifte Bücher und Lexica gespendet werden. Des Weiteren wurde eine Kiste voller Spielsachen und Kleidungsstücken gespendet. Die Bewohner waren äußerst dankbar, freuten sich über die Aufmerksamkeit, die Kinder waren natürlich besonders erfreut über die Spiel- und Lernutensilien. Es hat sich erneut gezeigt, wie wichtig die Aktion für die Bewohner im Asylheim ist, aber auch dass es dringend notwendig ist, das Thema Integration und den Zustand der Asylbewerber in die Öffent-

lichkeit zu tragen. Die Jusos Bodensee werden sich auch weiterhin für die Bewohner der Asylheime im Bodenseekreis stark machen.

Falls noch nachträglich das Interesse besteht für die Weihnachtsaktion zu spenden können die Spenden auf folgendes Konto der SPD Bodensee überwiesen werden:

**BLZ.: 690 500 01 Kontonr.: 24 79 897**  
**Sparkasse Bodensee**

**Leon Hahn**

## Termine:

### 8. Mai 2010

#### Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg

14.00 Uhr  
Überlingen

#### Führung im Goldbacher Stollen mit Oswald Burger

17.00 Uhr  
KZ-Friedhof Birnau  
Gedenkfeier

### 10.05.2010

#### Mitgliederversammlung:

#### Nominierung Landtagskandidat/in und Ersatzkandidat/in für die Landtagswahlen 2011

19.00 Uhr bis 21.30 Uhr  
im DGH Überlingen-Nußdorf  
parteiöffentlich

### 17.05.2010

#### Nominierungsversammlung zum Landtags- kandidaten im Wahlkreis Ravensburg (Me- ckenbeuren und Tettnang gehören dazu) - näheres folgt

Parteiöffentlich

### 13. Mai 2009

#### Familientag Ortsverein Sonthofen im Falkenlager Sonthofen

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



## Auszug aus dem Protokoll der Vorstand- sitzung der SBI vom 16.04.2010 in Ro- manshorn

### Wie verleihen wir der Sozialdemokratischen Partei neuen Schwung?

#### **Impulsreferat von Peter Sutter mit anschlie- ßender Diskussion**

Durch die dürftigen Wahlergebnisse, von denen die Sozialdemokratische Partei in letzter Zeit in allen Mitgliedsländern der SBI auf verschiedenen Ebenen betroffen war, ist die Frage, wie der Sozialdemokratischen Partei neuer Schwung verliehen werden kann, sehr aktuell. Die SP in der Schweiz ist zudem derzeit dabei, ein neues Parteiprogramm zu diskutieren.

Peter Sutter, der selbst Mitglied des Gemeinderates in Buch ist, trägt hierzu ein Impulsreferat vor.

Er hält es für entscheidend, dass die Sozialdemokratische Partei weiterhin am Ziel der Überwindung des Kapitalismus festhält und den Ratschlägen von verschiedenen Seiten, sich den heutigen Verhältnissen und Gegebenheiten des Kapitalismus als bestehender Wirtschaftsordnung anzupassen, nicht nachkommt.

Für die Sozialdemokratische Partei sei es sehr wichtig, dass sie wieder linker wird. Gerade in den letzten Jahren hat eine weitgehende Anpassung an andere Bewegungen stattgefunden, so dass sich die Sozialdemokratische Partei kaum noch von den Bürgerlichen Parteien unterscheidet.

Peter Sutter meint, dass das Festhalten an der Vision der Überwindung des Kapitalismus die Sozialdemokratische Partei nicht nur attraktiver machen würde, sondern gar zu einer Überlebensfrage werden könnte, da im Mittelpunkt der derzeitigen Wirtschaftsord-

nung nicht das Wohl des Menschen stehe, sondern die Profitmaximierung.

Er beschreibt vier Probleme, die seiner Meinung nach auf den Kapitalismus zurückzuführen sind:

1. Wachsende Armut: Dieses Phänomen sei in jeder kapitalistischen Wirtschaft zu beobachten und als Folge dieses Wirtschaftssystems zu sehen. Der Reichtum der Reichen werde immer größer, während gleichzeitig die Armut der Armen ebenfalls zunehme. Die derzeitigen Maßnahmen seien lediglich eine punktuelle Hilfe (Symptombekämpfung), weswegen nicht nur die Armut bekämpft werden müsse, sondern auch der Reichtum.

2. Arbeitslosigkeit: Auch bei den Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit handle es sich lediglich Symptombekämpfung. Da der einzelne Betrieb zur Profitmaximierung gezwungen sei, müsse dieser, um Kosten einzusparen, Mitarbeiter entlassen. Es gelte die vorhandene Arbeit gleichmäßiger auf die Menschen zu verteilen.

3. Migration: Die Migration sieht Peter Sutter ebenfalls als Folge des Kapitalismus. Durch die Ausbeutung seitens der industrialisierten Länder, sei die Bevölkerung der armen Länder gezwungen, in industrialisierte Länder auszuwandern, die wiederum dadurch profitieren würden, dass ihnen billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Migration könne daher als Folge eines falschen Wirtschaftssystems weltweit angesehen werden, was zur Folge hat, dass reiche Regionen immer reicher werden und arme Regionen immer ärmer. Die rechten Parteien stellen dabei die Ausländerproblematik auf den Kopf, indem sie diese zu Tätern machen, obwohl sie eigentlich Opfer seien.

4. Umweltprobleme: Diese seien als Folge eines Wirtschaftssystems zu sehen, das nach immer größerem Wachstum strebe und darüber den Umweltschutz

vernachlässige, bzw. negative Folgen für die Umwelt billigend in Kauf nimmt.

Peter Sutter vertritt daher die Auffassung, dass alle bestehenden Probleme, wie aktuell die Finanzkrise, in einem Nichtkapitalistischen Wirtschaftssystem gelöst werden könnten. Es müsse eine Alternative zum Kapitalismus erarbeitet werden. Diese Frage dürfe nicht aufgeschoben werden.

Um dieses Ziel zu erreichen seien fünf Punkte zu beachten und notwendig:

1. Zunächst ist eine Analyse darüber notwendig, wie der Kapitalismus funktioniert.
2. Es muss eine Vision einer anderen Wirtschaftsordnung entwickelt werden.
3. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei müssen sich bewusst machen, wie stark sie sich von den politischen Gegnern haben einschüchtern lassen. Der Begriff Sozialismus wird heute fast als Schimpfwort benutzt und sollte daher neu definiert werden. Er hält nicht die Idee des Sozialismus für den Fehler, sondern die Art und Weise, wie dieser umgesetzt wurde.
4. Die linken Parteien grenzen sich innerhalb ihrer Bewegung zu stark ab, was dazu führt, dass es viele Bewegungen mit ähnlichen Zielen gibt. Die linken Parteien sollten sich darauf besinnen, was sie verbindet, da viele Menschen unter dem kapitalistischen System leiden.
5. Politik muss global gemacht werden und nicht nur in einer bestimmten Region, oder einem Land. Da es sich beim Kapitalismus um ein weltweites System handelt, muss sich auch eine Gegenbewegung weltweit solidarisieren und ein Gegenmodell entwickeln.

Peter Sutter ist der Meinung, dass der Kapitalismus noch nicht das letzte Wort der Geschichte sei und zusammenbrechen werde. Daher gelte es, rechtzeitig ein neues Wirtschaftsmodell aufzubauen, damit der Übergang auf friedliche Weise erfolgen könne.

Es schließt sich eine lebhafte und kontroverse Diskussion zu den Ausführungen von Peter Sutter an.

**Protokollant: Christian Gospodarek**



## **SP lehnt Gesetz zur Verhinderung des St.Galler Bürgerrechts ab**

***Die Sozialdemokratische Fraktion kann die Verschärfungen der vorberatenden Kommission beim Gesetz über das St.Galler Bürgerrecht nicht mittragen und wird das Gesetz in dieser Form in der Schlussabstimmung mehrheitlich ablehnen. Für die Ersatzwahl ins Kantonsgericht nominiert die SP Dr. iur. Marco Levante.***

Sargans – Die SP-Kantonsratsfraktion hat am Samstag die Geschäfte der Aprilsession beraten. Hauptdiskussionspunkt war das Bürgerrechtsgesetz. Die SP ist sich zwar einig, dass es nach jahrelanger Anwendung des Notrechts und mit der neuen Verfassung endlich eine gesetzliche Grundlage braucht und wird daher auf die Vorlage eintreten. Doch kann sie die massiven Verschlechterungen der Kommission nicht akzeptieren und wird mit verschiedenen Anträgen eine Entschärfung des Gesetzes verlangen. SP-Kantonsrat Felix Gemperle bringt es auf den Punkt: „Die Vorlage müsste eigentlich heissen ‚Verhinderung des St. Galler Bürgerrechts‘. Die wenigen Verbesserungen gegenüber des heutigen Notrechts können die Nachteile nicht aufwiegen.“ Vor allem die Verlängerung der Wohnsitzfristen stösst der SP sauer auf. Die strengen Vorgaben entsprechen nicht dem Zeitgeist, wo die Wirtschaft Mobilität und Flexibilität verlangt.

### **S-Bahn-Ausbau und Vorfinanzierung bringen Verbesserungen**

Der Kantonsratsbeschluss über die S-Bahn St.Gallen 2013 bringt viele Verbesserungen, für die sich die SP schon seit Jahren eingesetzt hat. Doch erfahren viele kleine Bahnhöfe eine klare Verschlechterung des Angebots. Beim Bahnausbau fordert die SP vom Kanton ein klares Bekenntnis für den weiteren Bahninfrastrukturausbau in den Regionen. Nachholbedarf ist vor allem in den Regionen zwischen Buchs/Sargans, Wil/St.Gallen, sowie Sargans/Rapperswil gegeben. Für die SP ist darum der Kommissionsantrag eine klare Bedingung. Der Kanton muss auch bereit sein, Infrastrukturprojekte vorzufinanzieren. Darum heisst die SP die Initiative und den Nachtrag gut.

## **Ja zum Turnhallen-Provisorium**

Die SP unterstützt den Bau der provisorischen Dreifachsporthalle Demutstrasse des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St.Gallen. Für die Fraktion sind der jetzige Zustand für die Gewerbeschüler und Lehrpersonen nicht tragbar und zu viele rechtliche Fragen bezüglich Haftung noch offen. „Dass die Schülerinnen und Schüler über Jahre in der Stadt herumgekartet werden ist unsinnig. Wir brauchen jetzt rasch eine gute Lösung für den Schulbetrieb“, so SP-Kantonsrätin Maria Huber.

Für die Fahrenden in der Schweiz sind Durchgangsplätzen überfällig. Die SP unterstützt den Antrag der Kommission, welche vier Durchgangsplätze für Schweizer Fahrende, sowie einen für ausländische Fahrende vorsieht.

## **SP nominiert Levante fürs Kantonsgericht**

Die SP möchte eine Auswahl bieten und präsentiert mit Dr. iur. Marco Levante einen überaus fähigen Juristen für die Ersatzwahl ins Kantonsgericht. Der 44-jährige Levante arbeitet zurzeit als Gerichtsschreiber am Bundesgericht Lausanne und ist Lehrbeauftragter für Privatrecht an der Uni St.Gallen.

### **Weitere Auskünfte**

- o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

## **CVP und SVP verweigern die Diskussion**

*Die Aprilsession des St.Galler Kantonsrates war geprägt von der neuen CVP/SVP-Koalition, welche sich besonders damit hervortat, dass sie sich gleich bei zwei Geschäften der Diskussion verweigerte.*

St.Gallen – Die Verbesserungen, welche der Ausbau der S-Bahn und die Vorfinanzierung von Schieneninfrastrukturprojekten dem Kanton bringen, sind aus Sicht der SP-Kantonsratsfraktion erfreulich. Doch ist damit noch nicht aller Tage Abend: Der von der SP initiierte überparteiliche Antrag an die Regierung für eine optimale Erschliessung der Ostschweiz im Rahmen von Bahn 2030 wurde von Kantonsrat überwiesen.

Als wenig konstruktiv beurteilt die SP das Verhalten der neuen Koalition von CVP und SVP. Gleich bei zwei wichtigen Geschäften entzogen sich die SVP und grosse Teile der CVP der Diskussion und traten auf wichtige Geschäfte gar nicht erst ein.

## **Keine Turnhalle und keine Durchgangsplätze**

Der Bau der provisorischen Dreifachsporthalle Demutstrasse des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St.Gallen kann nun nicht realisiert werden. Die GewerbeschülerInnen und Lehrpersonen

werden somit wohl noch über Jahre mit einem provisorischen Betrieb vorlieb nehmen müssen. Die SP bedauert diesen Entscheid.

Auch für die Fahrenden in der Schweiz gibt es weiterhin keine Lösung. Auf die Vorlage zur Schaffung von Durchgangsplätzen wurde nicht eingetreten. Die SP unterstützte den Antrag der Kommission, welche vier Durchgangsplätze für Schweizer Fahrende, sowie einen für ausländische Fahrende vorsah.

## **Besser sein als Schweizer**

Wie die SP bereits im Vorfeld vermutet hatte, verkam das neue Bürgerrechtsgesetz zu einem Einbürgerungsverhinderungsgesetz. „Von den Einbürgerungswilligen wird erwartet, dass sie besser sind als wir Schweizer“, fasst Fraktionspräsidentin Barbara Gysi zusammen.

St.Gallen, 20. April 2010

### **Weitere Auskünfte**

- o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

## **Parteitag der SP St.Gallen:**

## **SP setzt Zeichen für die Wahlen 2011**

*Die SP Kanton St.Gallen will bei den Nationalratswahlen 2011 neue Pfade beschreiten und tritt nur noch mit einer Liste an. Den prominenten 1. Listenplatz erhalten die Jungsozialisten. Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, zeigte auf, dass die SP mit starken Initiativen das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen kann.*

Wil SG – Trotz schönem Frühlingswetter konnte Parteipräsidentin Claudia Friedl 90 Genossinnen und Genossen am Parteitag im Hof zu Wil begrüßen. „Die Wirtschaftskrise ist noch nicht ausgestanden“, stellte Friedl gleich zu Beginn fest. „Im Kanton St.Gallen sind immer noch 3.8% arbeitslos, viele Jugendliche finden keine Lehrstelle und über 8000 Personen haben Kurzarbeit. Gleichzeitig ist es eine Realität, dass wieder Milliarden für Boni ausbezahlt werden, weil es die bürgerliche Politik nicht geschafft hat, klare Regeln durchzusetzen. Umso mehr braucht es die SP!“

Friedl, wie auch Fraktionspräsidentin Barbara Gysi kritisierten die Bürgerlichen, welche die Krise im Kanton St.Gallen noch verschärft haben. Wegen verfehlten Steuergeschenken steht der Kanton vor einem erneuten Sparpaket. Das neue Instrument des Aufgaben- und Finanzplanung ist zur Farce verkommen. „Der Kanton hat kein Geld für Lehrlinge, dafür aber für mehr Polizisten und für mehr Strassen im

Toggenburg“, so Gysis Replik zum vergangenen Jahr im Kantonsrat.

### **Mit einer Liste in die Nationalratswahlen 2011**

Bei der Gestaltung der Listen und der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten will die SP neue Pfade beschreiten. Ziel ist es, dass die Partei bei den Wahlen 2011 wieder deutlich zulegen kann. Um das Engagement der Kandidierenden im Wahlkampf und ihre Wahrnehmbarkeit zu erhöhen, einigten sich die Delegierten darauf, nur mit einer Liste mit 12 Persönlichkeiten, 6 Frauen und 6 Männern, in die anstehenden Wahlen zu steigen. 2007 trat die SP St.Gallen mit drei Listen an. Die Geschäftsleitung wurde beauftragt, dem Nominationsparteitag eine ausgewogene 12er-Liste mit sechs Frauen und sechs Männern vorzuschlagen.

### **Erster Listenplatz für die Juso**

Was im Kanton Bern bereits mehrmals erfolgreich war, sollte nach Meinung der Delegierten auch im Kanton St.Gallen funktionieren. Die Juso St. Gallen erhalten den ersten Platz auf der Liste der SP für die Nationalratswahlen 2011. Für Claudio Losa, Co-Präsident der Juso St.Gallen war klar: „Mit dem ersten Platz auf der SP-Liste können wir personell ein Ausrufezeichen setzen. Die Juso ist sehr motiviert, davon profitiert auch die SP.“ Damit hat die SP die ersten Pflöcke für die Wahlen 2011 eingeschlagen.

### **Christian Levrat fordert eine Kultur der 2. Chance**

2010 wird das Jahr der grossen sozialpolitischen Auseinandersetzungen. Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, prangerte den drohenden Abbau der sozialen Errungenschaften der Schweiz an. Beispiel Arbeitslosenversicherung „Die ALV-Revision ist eine Strafaktion gegen die Jugendlichen! Sie werden als Faulenzer verunglimpft“, so Levrat. „Anstatt sich einfach auf den nächsten wirtschaftlichen Aufschwung zu verlassen, muss man etwas tun und den Jugendlichen bei erfolgloser Suche nach einem Job eine 2. Chance geben.“

Levrat ist überzeugt, dass die Partei für die Wahlen 2011 gut aufgestellt ist. Nun müsse die SP aufzeigen, dass sie die Interessen der Bevölkerung vertritt und in ihrem Interesse arbeitet. Mit der Steuergerechtigkeits-Initiative, der Abzockerinitiative und der Cleantech-Initiative kann die SP starke Signale setzen und das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen. „Doch das ist nur möglich, wenn uns die WählerInnen in eine Position setzen, wo wir uns für sie einsetzen können“, so Levrat abschliessend.

### **Mit kluger Energiepolitik Arbeitsplätze schaffen**

Vizepräsident Felix Gemperle orientierte über die neue Cleantech-Initiative der SP Schweiz. „Die Initi-

ative ist wichtig, weil es nicht egal ist, ob die Schweiz mit herkömmlichen oder aber mit erneuerbaren Energien arbeitet. Cleantech ist kluge Energiepolitik, die auf wirtschaftlichem Wachstum baut und Wertschöpfung im eigenen Land ermöglicht. Auch wenn das gewisse Bürgerlichen zu schnell geht, setzt die SP mit der Initiative ein starkes Zeichen.“

Nationalrat Paul Rechsteiner schloss am Ende des Parteitages den Bogen und kam wieder auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurück. Rechsteiner stellte fest, dass sich die Situation auf dem Finanzplatz heute noch schlimmer präsentiert als vor dem Beinahe-Kollaps des Finanzsystems. Für Rechsteiner gibt es nur eine Lösung: Es muss endlich eine PUK eingesetzt werden, damit eine ausführliche politische und juristische Aufarbeitung der Affäre UBS ermöglicht wird.

Wil, 24. April 2010

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

### **Fachkommission Integration und Gesellschaft SP Kanton St.Gallen**

## **Podium Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

*Trotz Emanzipation, Gleichstellungsgesetz und vielen Lippenbekenntnissen sind es immer noch mehrheitlich die Frauen, die sich entweder für Karriere oder Kinder entscheiden müssen. Wählen sie beides, zahlen sie meist einen hohen Preis.*

Neben der Mehrfachbelastung durch Kinder, Haushalt und Familie sehen sich „Karriere-Frauen“ immer noch oft mit dem Vorwurf konfrontiert, egoistisch zu sein und Mann und Kinder zu vernachlässigen. Was in anderen Ländern längst selbstverständlich ist, sorgt in der Schweiz immer wieder – auch politisch - für Zündstoff.

Was muss realisiert werden, damit Frauen in der Arbeitswelt tatsächlich die gleichen Chancen haben wie Männer? Zu diesem spannenden und aktuellen Thema hat die Fachkommission Integration und Gesellschaft SP Kanton St.Gallen eine Podiumsdiskussion organisiert.

Unter der Leitung von Kantonsrat Max Lemmenmeier diskutieren **am 6. Mai 2010 um 19.00 Uhr im Katharinensaal St.Gallen** Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin Frauenzentrale, Dr. Eva Riedi, Leiterin Corporate Social Responsibility Raiffeisenbank Schweiz, Brigitte Meyer, Kompetenzzentrum Integration Gleichstellung und Projekte Departement des Innern, und Daniel Huber, Ethnologe Geschäftsführer Fachstelle UND.

21.04.2010

Weitere Auskünfte:

- o Ariana Krizko, Politische Sekretärin
- o Antonio Donno, Leiter Fachkommission



## SP Thurgau: Barbara Kern neue Präsidentin



Sehr geehrte Damen und Herren

Am ordentlichen Parteitag der SP Thurgau wurde gestern Abend Barbara Kern zur neuen Präsidentin gewählt. Sie erreichen sie über [b.kern@bluewin.ch](mailto:b.kern@bluewin.ch) oder 079/298.74.25.

In den letzten 10 Jahren als Parteipräsident hatte ich manche interessante Kontakte mit Ihnen. Sie waren geprägt von gegenseitiger Achtung und Anerkennung. Dafür danke ich Ihnen herzlich.

Nach dem Rücktritt als Parteipräsident bin ich wieder "normaler" Kantonsrat, der gerne bereit ist, Auskunft oder Stellungnahmen abzugeben.

Freundlich grüsst

24.04.2010

Peter Gubser



### BUNDESPRÄSIDENTENWAHL 2010

## SPÖ-Vorarlberg freut sich über eindeutigen Wahlsieg von Heinz Fischer

Mit einer eindeutigen Stimmenmehrheit wurde Heinz Fischer am heutigen Sonntag zum Bundespräsidenten wiedergewählt. Michael Ritsch und die Landesorganisation der SPÖ-Vorarlberg gratulieren ihm zu die-

sem grandiosen Ergebnis. "Es ist der Beweis dafür, dass Heinz Fischer in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet hat und es ihm gelungen ist, das Vertrauen der Österreicher für sich zu gewinnen", zeigt sich Michael Ritsch erfreut.



Auch SPÖ-Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner ist mit dem eindeutigen Ergebnis zufrieden. "Wir freuen uns, dass wir Heinz Fischer in seinem Wahlkampf in Vorarlberg unterstützend durften und dass eine beeindruckende Mehrheit der Vorarlberger ihm ihre Stimme gegeben hat", so Einwallner.

25.04.2010

SPÖ-Express

## „Auf Politik könnt ihr nicht verzichten“

„Ich beiße euch nicht, deshalb fragt mich, was immer ihr wollt“, begrüßte Bundespräsident Heinz Fischer die Schüler des Bundesgymnasiums Lustenau. Unter dem Aspekt der politischen Bildung hat die Schule den amtierenden Bundespräsidenten zu einer Diskussionsrunde mit Schülern aller Jahrgangsstufen eingeladen. Diese nahmen kein Blatt vor den Mund und stellten jede Menge politischer, aber auch privater Fragen.



Bundespräsident Heinz Fischer zu Besuch in Vorarlberg

„Wollten Sie als Kind schon Bundespräsident werden?“, begann eine Schülerin die Diskussion und war sichtlich überrascht von der Antwort: „Nein, eigentlich wollte ich Fußballer werden.“ Viele Hände hoben sich für weitere Fragen, die Stunde war zu kurz, um alle Schüler zu Wort kommen zu lassen. Wieso

bezahlt man Steuern? Was unterscheidet die Werte von Frau Rosenkranz von Ihren Werten? Woran liegt die niedrige Wahlbeteiligung und wie viel kostet Wahlwerbung?

Geduldig erklärte Heinz Fischer den Jugendlichen das Steuersystem. Die niedrige Wahlbeteiligung führe er auf die Abschaffung der Wahlpflicht und auf eine allgemeine Politikverdrossenheit zurück, gegen die er, beispielsweise mit Schulbesuchen wie diesem, ankämpfe. „Auf Politik könnt ihr nicht verzichten. Wenn ihr euch nicht einschaltet, dann wird über eure Köpfe hinweg entschieden“, machte Heinz Fischer den Schülern die Wichtigkeit der Demokratie deutlich. Er ging auch auf die Werte ein, die auf seinen Wahlplakaten stehen und betonte das Wort „unsere“ – es gehe um Gemeinschaftlichkeit und Zusammenhalt, das Gemeinsame und nicht das Trennende müsse im Vordergrund stehen.

Doch auch Fragen über das private Leben von Heinz Fischer waren den Schülern wichtig: Wie sieht Ihr Arbeitsalltag aus und müssen Sie eigentlich auch Steuern zahlen? Haben Sie viel Freizeit neben den vielen Terminen? Waren Sie schon vor ihren Tätigkeiten politisch interessiert? Was macht Ihnen als Bundespräsident am meisten Spaß? Wie lange sind Sie schon mit Ihrer Frau verheiratet?

„Jeder Tag beginnt bei mir gleich: Der Wecker läutet um 7 Uhr. Danach erlebe ich täglich neue Dinge, kein Tag ist wie der andere und es wird mir nie fad“, erzählt Heinz Fischer von seinem Tagesablauf zwischen Besuchen, Kulturterminen, Interviews, Personalentscheidungen und Aktenbearbeitung. Ganz klar verneint hat er die Frage, ob er eine Entscheidung in seiner Amtszeit bereue. „Ich habe jede Entscheidung gewissenhaft und gründlich überlegt und würde alles wieder genauso machen“, erklärte Fischer.

Altersgerecht und mit viel Humor beantwortete Heinz Fischer alle Fragen. „Kommenden Mai sind meine Frau und ich 500 Monate verheiratet“, bringt der Bundespräsident die Schüler zum Lachen. Er grenzte sich klar von jeglichen Formen des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit ab und beteuerte mehrfach, wie wichtig es ist, sein Wahlrecht in Anspruch zu nehmen. Und für die ganz Neugierigen, gab er sogar seine Hobbies preis und verriet, mit welchen Dingen er sich in seiner Freizeit beschäftigt. „Ich spiele gerne Fußball und Tennis, höre Jazzmusik und lese viel. Außerdem gehe ich gerne mit meiner Familie auf den Berg oder mit meiner Frau essen.“

Nach etwa einer Stunde wurde Heinz Fischer mit großem Applaus verabschiedet.

SPÖ-Express,

08.04.2010

**Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger:**

## **SPÖ lehnt Gesetzesnovelle zum Kindergartengesetz ab**

Mit der Novelle sollen Vierjährige erfasst werden, die bisher den Kindergarten nicht besuchen und bei denen ein Sprachförderbedarf besteht. Diese sollen dann zum Kindergartenbesuch verpflichtet werden.

Derzeit gibt es ca. 4000 vierjährige Kinder in Vorarlberg, von denen 99% bereits den Kindergarten besuchen. Betroffen sind also nur ca. 40 Kinder in Vorarlberg, die von den Gemeinden dann erfasst werden müssten und zum Sprachtest eingeladen werden. Viel Aufwand also für eine so kleine Zahl von Kindern.

Wesentlich wichtiger wäre es, die Sprachförderung in den Kindergärten zu intensivieren. Offenbar greift diese Sprachförderung nicht ausreichend, weil es immer noch Kinder gibt, die nach zwei Jahren Kindergarten keine ausreichenden Deutschkenntnisse besitzen.

Die SPÖ Vorarlberg tritt dafür ein, dass der Kindergarten als erste Bildungseinrichtung für Vier- und Fünfjährige kostenfrei zu stellen ist. Dazu müsste auch der Besuch des Kindergartens nicht nur Fünfjährige, sondern auch für Vierjährige verpflichtend werden.

"Wir lehnen daher die Novelle zum Kindergartengesetz ab und haben die erwähnten Punkte in einem Abänderungsantrag eingebracht", erklärt Landtagsabgeordnete Gabi Sprickler-Falschlunger.

08.04.2010

SPÖ-Express

## **SPÖ gegen Öko-Massensteuern der ÖVP**



**Stattdessen Verursacher der Krise zur Kasse bitten**

In der aktuellen Stunde des heutigen Landtages wurde darüber debattiert, welche Sparmaßnahmen gesetzt werden müssen, um den Auswirkungen der Finanz-

und Wirtschaftskrise entgegenzutreten. Den von der ÖVP ins Auge gefassten Öko-Steuerplänen kann SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch allerdings nichts abgewinnen, da dies vor allem eine zusätzliche Belastung des Mittelstandes und sozial Schwächerer bedeutet.

Zielführender und vor allem sozial gerechter wäre seiner Meinung nach ein Vorgehen nach dem Verursacherprinzip und nach Maßstäben der Gerechtigkeit. „Die Wirtschaftskrise wurde schließlich durch die Finanzmärkte ausgelöst und der Bankensektor mittlerweile bereits von den Steuerzahlern gerettet“, so Michael Ritsch.

Die Kaufkraft der Bevölkerung, der stabilisierende Faktor in der Krise, soll nicht durch unsoziale und ungerechte Massensteuern geschwächt werden. Clubobmann Michael Ritsch hat im Zuge der heutigen Diskussion seine Vorschläge präsentiert: eine Banken-Solidarabgabe (geschätzte Einnahmen pro Jahr: 500 Mio. Euro), eine Finanztransaktionssteuer (500 Mio. bis 1,5 Mrd. Euro), eine Finanzvermögenszuwachssteuer (200 bis 500 Mio. Euro), die Reform der Stiftungsbesteuerung (200 bis 400 Mio. Euro), die Absetzbarkeit von Managergagen nur bis 500.000 Euro, eine Reform der Gruppenbesteuerung (100 bis 150 Mio. Euro) sowie die Verhinderung von Steuerhinterziehungen bei Finanzgeschäften (mehrere hundert Mio. Euro).

16.04.2010

SPÖ-Express

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

### Jugendpressetage der SPD- Bundestagsfraktion

## **MdB Martin Gerster lädt zwei Schülerinnen aus dem Landkreis ein**

BIBERACH - Lisa Stahn aus Mittelbiberach und Laura Ilg aus Dettingen an der Iller sind vom 21. bis 23. April zu Gast bei den Jugendpressetagen der SPD-Bundestagsfraktion. Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat die 19-jährige Lisa Stahn, Schülerin des Biberacher Wieland-Gymnasiums, und die 16-jährige Laura Ilg, Schülerin am Gymnasium Ochsenhausen, ausgewählt: „Sie sind zwei von 75 Schülerzeitungsredakteurinnen und Nachwuchsjournalisten aus ganz Deutschland, die dieses Jahr mit Abgeordneten meiner Fraktion und Journalisten in Berlin zusammen treffen.“

Bereits zum neunten Mal werden damit Jungjournalisten in Pressegesprächen und Diskussionsrunden ihre Wünsche und konkreten Erwartungen an die Politik formulieren sowie kritische Fragen stellen.



**von links Laura Ilg, Martin Gerster und Lisa Stahn**

Begrüßt werden die jungen Nachwuchsjournalisten am Mittwochnachmittag im Jakob-Kaiser-Haus von der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dagmar Ziegler. Höhepunkte des dreitägigen Programms sind eine Pressekonferenz mit Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier im Haus der Bundespressekonferenz, ein Gespräch mit der Presseabteilung des SPD-Parteivorstands, ein Besuch des ARD-Hauptstadtstudios oder der Studios des RBB, eine Diskussion mit Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion, der Besuch einer Plenarsitzung sowie ein Gespräch mit zwei Hauptstadtjournalisten. Organisiert wurde die Veranstaltung von der parlamentarischen Geschäftsführerin Petra Ernstberger, MdB: „Ich freue mich auf konstruktive Gespräche!“

19.04.2010

**Wolfgang Heinzl, Büroleiter  
Bürgerbüro Biberach**

### SPD-Ortsverein Biberach

## **Mitgliederzahlen steigen erfreulich**

BIBERACH (zel) – Der SPD-Ortsverein Biberach hat derzeit über 250 Mitglieder, mit weiter steigender Tendenz. Diese Bilanz hat Vorsitzender Roland Luschkowski jetzt auf der Jahreshauptversammlung in der TG-Gaststätte gezogen und dies vor allem dem Wirken des Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Martin Gerster zugeschrieben. Ein Mitglied beklagte, dass der Erfolg auf Personen, nicht Programminhalte zurückzuführen sei.

„Ich habe meine Wette gegen Franz Lemli gewonnen“, freute sich Luschkowski, „denn wir haben im SPD-Ortsverein Biberach, vor allem dank Martin Gerster, jetzt über 250 Mitglieder.“ Ab sofort seien Kandidaten für die nächste Kommunalwahl zu suchen. Bei der vorigen sei Stadt- und Kreisrat Lemli Stimmenkönig geworden, was ebenso erfreulich sei

wie die 85 Prozent Wählerstimmen für den Biberacher SPD-Oberbürgermeister Thomas Fettback im Februar und bei der Bundestagswahl das Erststimmenergebnis Martin Gersters von 23 Prozent im Wahlkreis und die Mehrheit in der Stadt Biberach: „Wir haben Jahrzehnte davon geträumt, dass diese Bastion fällt!“

Die Veranstaltungen zu Jugendkriminalität, interkommunalem Gewerbegebiet und Biberacher Rotem Bau seien große Erfolge gewesen. Jetzt sei noch mehr sozialdemokratisches Profil das Ziel, so Luschkowski: „Wir müssen aufzeigen, was uns von Neokonservativen, Wirtschaftsliberalen und Wohlstandsgrünen unterscheidet!“ Angesichts der jüngsten Biberacher Kriminalstatistik dürfe der Stellenabbau bei Polizei, Justiz und Sozialarbeit nicht weitergehen, außerdem müssten alle vier Krankenhausstandorte im Landkreis erhalten bleiben.

Dem stimmte Lemli bei seinem Bericht aus dem Kreistag zu, über die jeweilige künftige Nutzung der Häuser müsse man reden. „Wir dürfen unsere Kreiskliniken nicht schlecht reden, sie leisten hervorragende Arbeit“, stellte er klar und verwies auf eine Ortsvereinsversammlung am 10. Juli zu diesem Thema: „Dann liegen alle Zahlen auf dem Tisch.“ Ebenfalls durchgerechnet würden von der Kreisverwaltung zurzeit verschiedene Abfallwirtschaftskonzepte vom bisherigen Bringsystem bis zum kompletten Abholsystem oder einem Kompromiss aus beidem.



**neugewählter Vorstand des SPD-Ortsvereins Biberach mit unter anderem Roland Luschkowski in der Mitte sowie den Stellvertretern Dagmar Neubert-Wirtz (rechts) und Werner Drews (links). Es fehlen Lisa Stahn, Andreas Kolesch, Elke Linde und Hartwig Abraham.**

Immer wieder unterbrochen wurden Lemlis Bericht und die Aussprache von Wahlen zu den verschiedenen Vorstandsposten, nachdem zuvor Vorstand und Kassier entlastet worden waren. Als Vorsitzender für weitere zwei Jahre bestätigt wurde Roland Luschkowski und als seine Stellvertreterin Dagmar Neubert-Wirtz. Neuer Stellvertreter wurde Werner Drews; seine Vorgängerin Evi Simmler zog sich aus Studiengründen auf das Amt der Kassenprüferin zurück, wozu sie von den 30 anwesenden Mitgliedern zusammen mit Elke Linde und Hartwig Abraham

gewählt wurde. Kassier bleibt Edwin Seibold, als Beisitzer standen schließlich Bärbel Jung, Edith Tröndle-Masch, Wilfried Zwingert, Dieter Maucher, Wolfgang Heinzel und Lisa Stahn fest. Andreas Kolesch ist Internetbeauftragter. Ebenfalls einstimmig wurde Franz Lemli der Kreismitgliederversammlung als Landtagskandidat empfohlen, als Zweitkandidatin Dagmar Neubert-Wirtz.

In der Aussprache wurde unter anderem beklagt, dass sich die SPD programmatisch mit mindestens zwei Parteien überschneide und der Mitgliederzuwachs auf Personen, nicht aufs Programm zurückzuführen sei: „Das war früher leichter.“ Zumindest gegen eine politische Position grenzte sich MdB Martin Gerster jedoch ab, die eines sofortigen Abzugs aus Afghanistan: „Wir stehen bei den Afghanen im Wort, ihr Land und die Welt nicht Bürgerkrieg, verstärktem Terrorismus und Drogenhandel zu überlassen.“ Andererseits sorgten die toten deutschen Soldaten dafür, dass jede Abstimmungsentscheidung in dieser Sache falsch sei. „Ich bin gewählt, um zu entscheiden, nicht, um mich zu enthalten“, so Gerster unter dem Beifall der Mitglieder, „weiß aber noch nicht, wie ich nächstes Mal in dieser schwierigen Angelegenheit im Bundestag abstimmen werde.“

21.04.2010

**Wolfgang Heinzel,  
SPD-Ortsverein Biberach**

### Politische Bildungsfahrt mit MdB Gerster

## **50 Bürger schauen in Berlin hinter die Parlamentskulissen**

BERLIN - 50 Bürger aus dem Wahlkreis des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster und zweien seiner drei Betreuungswahlkreise haben jetzt wieder ungewöhnliche Einblicke in den politischen Betrieb der Bundeshauptstadt Berlin gewinnen können. Vier Tage dauerte die vom Bundespresseamt organisierte Fahrt und bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zahlreiche Möglichkeiten der politischen Information und der Diskussion. Engagiert wahrgenommen wurden die Gelegenheiten beispielsweise beim Besuch des Bundesfinanzministeriums, den Begegnungen im Haus der Wannsee-Konferenz und in der SPD-Parteizentrale, dem Willy-Brandt-Haus.



Besonders beeindruckt und teilweise geschockt zeigten sich die Teilnehmer vom ehemaligen Untersuchungsgefängnis der DDR-Staatsicherheit. Als Museum betreibt es jetzt eine Initiative von Bürgern, die teilweise selbst Opfer waren, die Folgen der Stasigewalt aufarbeiten oder sich in der Opfertherapie engagieren. Beim Treffen mit Martin Gerster erläuterte dieser den Gästen aus der Heimat seine Arbeit in Parlament, Finanz- und Sportausschuss und legte dar, dass nach der Wahl seine Aufgabenfülle gewachsen sei. Er habe jetzt mehr Verantwortung übernommen habe, beispielsweise als sportpolitischer Fraktionsprecher und Berichterstatter für Geldpolitik, Wirtschaftskriminalität und Jahreswirtschaftsbericht. Gerster führte die Teilnehmer dann durchs Reichstagsgebäude und ließ sich mit Ihnen fotografieren. Eine dreistündige, an politischen Punkten orientierte Stadtrundfahrt rundete das Programm ab. Interessierte können sich in Martin Gersters Bürgerbüro unter Telefon 07351/3003000 oder E-Mail [martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de) bewerben.

**Biberach, 22.04.2010** **Wolfgang Heinzl,**  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

## Landtagswahl 2011

### Lemli will für SPD antreten

BIBERACH – Der Biberacher Stadt- und Kreisrat Franz Lemli wird aller Voraussicht nach Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis Biberach. Der Vorstand der Kreis-SPD hat die Bereitschaft des 53-jährigen Polizeihauptkommissars einstimmig begrüßt, nach 2006 erneut als Erstkandidat anzutreten. „Franz Lemli hat bei der Gemeinderatswahl in Biberach voriges Jahr die meisten Stimmen aller Bewerber erhalten. Dies zeigt, wie sehr die Meinung von Franz Lemli in der Bevölkerung geschätzt wird“, sagte MdB und Kreisvorsitzender Martin Gerster zur Bereitschaft des 53-jährigen Familienvaters, erneut kandidieren zu wollen. Lemli sagte, er wolle sich bewusst von den beiden amtierenden Landtagsabgeordneten absetzen: „Wir haben genügend Lobbyisten der Finanzbranche in der Politik. Jetzt sind Politiker gefragt, die sich in Stuttgart für bessere Bildung, mehr Sicherheit und eine bessere personelle Ausstattung der Polizei im ländlichen Raum sowie für die Vereine einsetzen“, so Lemli. Als Zweitkandidatin wird sich Dagmar Neubert-Wirtz aus Ummendorf dem Mitgliedervotum stellen. Die 34-jährige Diplompolitologin und -soziologin ist seit 1999 in der beruflichen und politischen Bildung tätig und will Franz Lemli unterstützen: „Ich setze mich dafür ein, die Politik verlässlicher und glaubwürdiger zu machen.“ Sie erhielt ebenfalls eine einstimmige Empfehlung des Kreisvorstands.



v. l.: Nils Schmid, Lemli, Neubert-Wirtz

Die Nominierungskonferenz der SPD für den Wahlkreis Biberach findet am Samstag, 12. Juni, in einer Mitgliederversammlung statt. Bislang liegen dem Kreisvorstand außer den Bewerbungen von Lemli und Dagmar Neubert-Wirtz keine weiteren Interessentenanfragen vor.

**28.04.2010**

**Wolfgang Heinzl,**  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

## BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

### Berichtigung:

In der letzten Ausgabe erschien unter dem Titel: „Ein sozialdemokratisches Urgestein“ ein Text mit Fotocollage, aus der Erich Schäfler bei der Entgegennahme einer Ehrung zu sehen war.

Leider war bei der Texterstellung vergessen worden, den Anlass der Ehrung zu erwähnen.

Daher hier eine korrigierte Fassung:

### Ein sozialdemokratisches Urgestein

### Ehrung für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD

36 Jahre die Stimme der SPD im Wasserburger Gemeinderat, 6 Jahre im Kreistag, Jahrzehnte lang Vorsitzender des Wasserburger Ortsvereins:

**Erich Schäfler**

ein sozialdemokratisches Urgestein,

**EINER VON UNS!**



Quelle: **Hermann Dorf Müller**

**Zum Tag der Arbeit fordert die SPD Ulm, Alb-Donau und Neu-Ulm:**

## Fairness auf dem Arbeitsmarkt

Der 1. Mai 2010 steht immer noch im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Auch wenn es zaghafte Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung gibt, dürfen wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Die Verursacher der Krise müssen in die Verantwortung genommen werden. Klare Regeln für die Finanzmärkte müssen her, nicht Alibiabgaben, wie sie Schwarz-Gelb plant. Gerade in der Krise ist deutlich geworden, dass eine starke betriebliche Mitbestimmung ein demokratisches Gegengewicht zu den kurzfristigen Interessen der Finanzmärkte und der Investoren darstellt. Deshalb will die SPD die Mitbestimmung in den Betrieben stärken.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist in eine erhebliche Schiefelage geraten. Schlecht bezahlte, atypische und prekäre Beschäftigung haben rasant zugenommen.

Rund fünf Millionen Menschen arbeiten für Bruttostundenlöhne unter acht Euro. Das ist sozial ungerecht und missachtet den Wert und die Würde von Arbeit. Schlechte Löhne sind die Ursache für die niedrige Binnennachfrage und somit fürs schwache Wachstum. Die SPD unterstützt deshalb die Forderung des DGB nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.

Befristete Beschäftigung hat massiv zugenommen. Inzwischen erhält fast jeder zweite Beschäftigte zunächst nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind Berufs-

einsteiger und junge Menschen, hier wiederum in erster Linie Frauen. Gerade jungen Menschen ist eine Lebens- und Familienplanung kaum möglich, wenn sie nicht wissen, ob sie in einem Jahr noch eine Anstellung haben. Deshalb will die SPD die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung abschaffen.

Leiharbeit wird seit Jahren zur Tariffucht und Lohn-dumping genutzt. Hier muss die Politik endlich einschreiten. Auch in der Leiharbeitsbranche muss ein Mindestlohn gelten. Das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ muss ohne Ausnahme gelten.

Wir wollen Fairness auf dem Arbeitsmarkt. Unsere Gesellschaft gründet in erheblichem Maße auf Arbeit. Wir werden uns deshalb niemals damit abfinden, dass Millionen Menschen von der Teilhabe an Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. Wir wollen gute Arbeit, denn gute und sichere Arbeit ist Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand für morgen.

**Heidi Ankner, SPD-Kreisvorsitzende Alb-Donau**  
**David Knupelsch, SPD-Kreisvorsitzender Neu-Ulm**  
**Hilde Mattheis, MdB, stellv. Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg**  
**Martin Rivoir, MdL, SPD-Kreisvorsitzender Ulm**



*Zur hohen Zahl von 13 000 sich selbstanzehenden Steueründern – die meisten davon aus Baden-Württemberg - erklärt die DL 21 - Landesgruppe Baden-Württemberg:*

**Steuerhinterziehung darf nicht weiter begünstigt werden: Finanzämter brauchen mehr Personal! Meldung von Finanzminister Stächele über mehr Personal kann nur als verspäteter Aprilscherz bewertet werden!**

Die Diskussion um die Steueründer-CD hat erneut gezeigt: Es kann und darf nicht sein, dass Baden-Württemberg jedes Jahr Unsummen an Steuereinnahmen entgehen, weil in der Finanzverwaltung Beamte - vor allem Steuerfahnder und Prüfer - fehlen.

Schon in seiner Denkschrift von 2007 übte der Landesrechnungshof Kritik am fortschreitenden Personalabbau bei den Finanzämtern. Nach Angaben der Deutschen Steuergewerkschaft Baden-Württemberg sind derzeit über 100 Betriebsprüfer-Stellen (Haus-haltsstellen) im Land nicht besetzt. Obwohl bekannt ist, dass im Schnitt ein Steuerfahnder jährlich knapp eine Million Euro und ein Betriebsprüfer gut 1,2 Millionen Euro zusätzlich für den Fiskus eintreibt.

Auf Grund der mangelnden Beförderungsaussichten insbesondere in Baden-Württemberg, die auch nach Meinung der DStG (Deutschen Steuergew.) zu einer Demotivation der Mitarbeiter in der Finanzverwal-

tung führe, sei die Finanzverwaltung und somit auch die Tätigkeit als Betriebsprüfer für Nachwuchskräfte zunehmend unattraktiv. Zudem sei mittelfristig bis 2013 ein enormer pensionsbedingter Personalrückgang festzustellen, auf die das Finanzministerium Baden-Württemberg nicht vorbereitet ist. In den vergangenen Jahren sind in Baden-Württemberg sogar für teures Steuergeld ausgebildete Finanzbeamte im mittleren und gehobenen Dienst - selbst mit guten Abschlüssen - nicht übernommen worden und haben „auf der Gegenseite“ bei den Steuerberatern ihre berufliche Karriere gestartet.

Es seien, so Finanzminister Stähele in der „Sonntag Aktuell“ vom 11. April 2010 **seit 1992** im Innendienst der Bereich der Veranlagung um 325 Beschäftigte auf 4837 aufgestockt worden, die Zahl der Fahnder von 132 auf 309 erhöht worden und die Zahl der Betriebsprüfer von 1590 auf 1837 erhöht worden. Diese Auskunft kann nur als verspäteter Aprilscherz bewertet werden!

Fest steht: Die Aufdeckung von Steuerhinterziehung wurde bisher viel zu nachlässig betrieben.

Wie weit eine rechtmäßige, vollständige, gesetzesgemäße und gleichmäßige Besteuerung gefährdet ist, zeigt ein weiteres, neues Beispiel: So wurden in der Vergangenheit, wie der Bundesrechnungshof in einem Bericht aufdeckt, die nach der EU-Zinsrichtlinie übermittelten Kontrollmitteilungen über Zinsgewinne von Bundesbürgern mit ausländischen Konten nicht beachtet:

Die „bisher sieben Millionen Meldungen“ wurden nicht an die Landesfinanzverwaltungen weitergeleitet. Laut „Wirtschaftswoche“ war es dem Bundeszentralamt für Steuern nicht möglich, „die in elektronischer Form vorliegenden Daten elektronisch weiterzuleiten“. Erst auf Drängen der Prüfer hin hatte das Finanzministerium im Jahr 2009 „noch unter Leitung von Peer Steinbrück entschieden, wenigstens 40 000 Kontrollmitteilungen aus den Jahren 2005 und 2006 den Finanzämtern bereitzustellen, damit die Finanzbeamten sie manuell durchsehen können. Die Ämter wollten aus Kapazitäts- und Personalgründen nur zehn Prozent der Datensätze annehmen ...“

Steuerhinterziehung in Millionenhöhe ist kein Kavaliersdelikt, sondern Diebstahl am Steueraufkommen der Gemeinschaft, das konsequent verfolgt und bestraft gehört. Davon profitierten vor allem vermögende Unternehmen und Besitzer großer Kapitalvermögen, die weniger deklarieren, als sie einnehmen, während Lohnsteuerpflichtige mit der Gehaltsabrechnung ihre Steuer direkt abführen.

Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet führende FDP Politiker im Land sich massiv gegen den Ankauf der Steuer-CD zur Wehr setzen. Dabei ist die Frage erlaubt: Haben diese Verantwortlichen den Ankauf der CD bislang aus purem Eigeninteresse oder aus Gründen der Interessen ihrer Wählerklientel politisch verhindert? Zumindest das Land Nordrhein-Westfalen

hat die CD erworben und versorgt nunmehr über Kontrollmitteilungen auch die badenwürttembergischen Finanzämter mit Informationen über potentielle Steuerhinterzieher.

**15.04.2010 Sprecherkreis DL 21 Baden-Württemberg**  
**Hilde Mattheis MdB Karin Bauer Leni Breymaier**  
**Rita Haller-Haid MdL Jürgen Höfflin Udo Lutz**  
**Christine Rudolf**

**Zur Forderung des Arbeitgeberverbandes Pflege, mit der Einführung einer Greencard ausländische Pflegefachkräfte zu gewinnen, erklärt Hilde Mattheis, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für Pflegepolitik:**

## **Greencard für Pflegekräfte muss an klare Bedingungen gekoppelt sein**

Wenn eine Greencard für ausländische Pflegekräfte eingeführt werden soll, dann muss dies an klare Regeln geknüpft werden: Die Ausbildung ausländischer Bewerberinnen und Bewerber muss dem Niveau deutscher Standards entsprechen. Außerdem muss dem Arbeitgeberverband Pflege klar sein: Der kürzlich beschlossene Mindestlohn in der Pflege gilt auch für ausländische Kräfte. Das Lohnniveau ist ein wichtiger Indikator für die Attraktivität und den gesellschaftlichen Stellenwert eines Berufsfeldes. Eine leistungsgerechte Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Altenpflege ist außerdem eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung der Pflegequalität. Außerdem muss Beschäftigung in der Pflege sozialversicherungspflichtig abgesichert sein.

Unabhängig von der Anwerbung ausländischer Fachkräfte muss die Ausbildung von Pflegekräften in Deutschland verbessert werden. Ausbildende Pflegeeinrichtungen werden dadurch benachteiligt, dass die Ausbildungskosten in den Pflegesatz eingerechnet werden. In Zukunft muss die Ausbildung von Fachkräften so finanziert werden, dass die Versicherten bzw. Pflegebedürftigen nicht einseitig belastet werden und ausbildende Einrichtungen nicht den kompletten Mehraufwand alleine tragen müssen. Die Bundesländer haben die Möglichkeit, nach § 25 Altenpflegegesetz ein Umlageverfahren einzurichten, wenn es einen Mangel an Ausbildungsplätzen gibt. Rheinland-Pfalz praktiziert dieses Verfahren seit 2004 und hat damit die Altenpflegeausbildung nachhaltig gesichert.

Außerdem müssen die Arbeitgeber aktiver werden, um die Verweildauer in den Pflegeberufen zu erhöhen. Gefragt ist hier ein modernes Personalmanagement, das gute Arbeitsbedingungen schafft. Dazu gehören betriebliche Gesundheitsförderung, Mög-

lichkeiten zur Fort- und Weiterbildung, eine angemessene Arbeitszeitgestaltung und bedarfsgerechte Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

20.04.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

**Zur Forderung der FDP, die Steuerfreiheit auf Zuschläge bei Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit zu streichen, erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:**

## **Wochenend- und Schichtarbeiter sollen nicht für Steuergeschenke der Reichen bezahlen**

„Die Forderung der FDP, die Steuerfreiheit auf die Zuschläge von Sonntags-, Feiertags, und Nachtarbeit zu streichen, ist empörend und muss abgelehnt werden,“ erklärt Mattheis. „Für Spitzenverdiener, Unternehmer und vermögende Erbe möchte die FDP mit ihrem Steuerkonzept Steuererleichterungen durchsetzen – für hart arbeitende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen diese aber gestrichen werden – das ist Klientelpolitik pur ist völlig ungerecht,“ erklärt Mattheis. „Der FDP-Vorschlag bedeutet auch: Der Nachtportier im Hotel muss durch die Streichung der Steuerfreiheit für seine geleisteten Nacht- und Wochenenddienste für die Steuererleichterungen bezahlen, die die FDP für den Hotelbesitzer durchgesetzt hat.“

Für jene Menschen, die im Schicht- und Wochenenddienst ohnehin schon unter erschwerten Bedingungen arbeiten, würde die Streichung empfindliche Einkommenseinbußen bedeuten. Die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden so insgesamt über 2 Milliarden Euro an Einkommen einbüßen. Laut Statistischem Bundesamt sind 19,25 Millionen Menschen von diesen atypischen Formen der Arbeitszeit betroffen. Das sind 59,1 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen. 8,52 Millionen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten an Sonntagen; gut 5,13 Millionen arbeiten nachts.

Um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor der Streichung der Steuerfreiheit bei Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit zu schützen, bringt die SPD-Bundestagsfraktion am heutigen Donnerstag einen Antrag in den Deutschen Bundestag ein, über den die Abgeordneten namentlich abstimmen.

22.04.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

## **Mattheis fordert Finanztransaktionssteuer**

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis fordert die Bundesregierung auf, sich auf internationaler und europäischer Ebene für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Die SPD ist sich darüber mit ihren europäischen Schwesterparteien einig und hat den 24. April 2010 zum „Europäischen Aktionstag für eine Finanztransaktionssteuer“ ausgerufen.

„Bisher ist zur Reform der Finanzmärkte noch nicht viel passiert und es ist zu befürchten, dass wir wenn jetzt nicht gehandelt wird, wir erst noch eine weitere Krise erleben müssen, bevor es zu grundlegenden Reformen kommt.

Die Bundesregierung darf sich nicht weiter hinter anderen Ländern verstecken. Sie muss – wie sie beim Ausbruch der Krise versprochen hat – zum Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft eigene Regeln verabschieden. Hinterher kann sie die Regeln immer noch international harmonisieren und in ein globales Rahmenwerk einbringen.

Eine Steuer auf sämtliche Finanzgeschäfte wäre ein erster wichtiger Schritt zur Reform und ein sinnvolles Instrument, um das Ausmaß der Finanzspekulationen zu begrenzen. Zudem würde die Steuer die Finanzjongleure an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. Eine geringe Steuer in Höhe von 0,05 Prozent auf jedes Finanzgeschäft würde weltweit zu Einnahmen von rund 500 Milliarden Euro führen. Allein in der EU würden die Staaten fast 200 Milliarden Euro einnehmen. In Deutschland würde sich das Aufkommen auf fast 40 Milliarden belaufen“, teilt Hilde Mattheis mit.

„Angesichts der hohen Verschuldung in fast allen EU-Staaten sind zusätzliche Einnahmen dringend erforderlich. Die Mittel aus der Finanztransaktionssteuer könnten beispielsweise für Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie klimafreundliche Technologien investiert werden. Ein Teil des Aufkommens könnte dazu verwandt werden, weltweit Armut und Hunger zu bekämpfen“, so die Bundestagsabgeordnete.

Der Zeitpunkt, eine solche Steuer auf Finanzgeschäfte weltweit zu vereinbaren, sei so günstig wie nie zuvor. „Ende Juni werden sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Toronto treffen und über eine solche Steuer sprechen. Es gibt nichts, was gegen die Finanztransaktionssteuer spricht. Großbritannien erhebt eine ähnliche Steuer seit dem Jahr 1694, obwohl London der größte Finanzplatz in Europa ist. Von den 27 Mitgliedstaaten der EU haben bereits zehn Staaten eine Steuer auf Finanzgeschäfte eingeführt. Auch dem US-Kongress liegt ein Gesetzentwurf zur

Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor. Selbst Indien hat bereits eine solche Steuer!

Die Bundesregierung sollte sich deshalb endlich dafür einsetzen, dass eine Finanztransaktionssteuer beim G20-Treffen im Juni beschlossen wird. Falls dies wider Erwarten nicht möglich sein sollte, sollte Deutschland sich zunächst auf EU-Ebene für eine europäische Vereinbarung einsetzen“, fordert Hilde Mattheis. Leider wolle die Koalition aus CDU/CSU und FDP nicht einmal über dieses Thema diskutieren: Im März verhinderte sie eine entsprechende Anhörung von Experten im Bundestag.

23.04.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

## **Alleinerziehende – LeistungsträgerInnen unserer Gesellschaft**

### **8-Punkte Programm für Alleinerziehende**

„Mit dem beschlossenen 8-Punkte Programm kann die Situation der Alleinerziehenden deutlich verbessert werden“, kommentiert die SPD Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis das vom Parteivorstand der SPD beschlossene Aktionsprogramm.

Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Keine andere Familienform hat in den letzten Jahrzehnten in unserer Gesellschaft so an Bedeutung gewonnen wie die Ein-Elternteil-Familie. Der Anteil der Alleinerziehenden unter den Familien hat sich in den letzten 30 Jahren verdoppelt. Die 1,6 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland machen fast ein Fünftel aller Familien aus, in Ostdeutschland beträgt ihr Anteil sogar mehr als ein Viertel. 2,2 Millionen Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahre leben in Alleinerziehenden-Haushalten - in der überwiegenden Mehrheit bei ihren Müttern: 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen.

### ***Vorschläge für konkrete Schritte zur besseren Unterstützung von Alleinerziehenden***

#### **1. Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung für Alleinerziehende ab 2013**

- einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für ein- bis sechsjährige Kinder sowie auf Nachmittagsbetreuung für Kinder im schulpflichtigen Alter für Alleinerziehende spätestens ab 2013. Zur Finanzierung fordern wir die Bundesregierung auf, das geplante „Betreuungsgeld“ nicht einzuführen und die dafür vorgesehenen Mittel von bis zu 2 Mrd. Euro jährlich in den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren;

#### **2. Spezialisiertes Fallmanagement für Alleinerziehende und Eltern-Kind-Zentren vor**

#### **Ort**

- eine spezialisierte Betreuung von Alleinerziehenden durch entsprechend geschulte Fallmanagerinnen und Fallmanager in den Arbeitsagenturen, die sich an der individuellen Lebenssituation und den jeweiligen Bedürfnissen der Alleinerziehenden orientieren und besser mit Betreuungseinrichtungen, den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie anderen Hilfesystemen zusammenarbeiten, sodass alle Angebote vor Ort lückenlos und wirksam ineinander greifen;

#### **3. Existenzsichernde Löhne**

- gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durch verbindliche gesetzliche Regelungen; einen flächendeckenden, allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn

#### **4. Zeit für Kinder - Flexibilität im Job**

- einen Rechtsanspruch auf Wiederaufstockung nach Reduktion der Arbeitszeit wegen Kinderbetreuung;

#### **5. Teilzeit-Ausbildung und nachholende Qualifizierung**

- mehr Ausbildungsangebote in Teilzeitform für Mütter und Väter, die Kinder betreuen und keine Ausbildung haben. Hierzu wollen wir geeignete Anreizmodelle für Betriebe entwickeln und geeignete Instrumente zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Teilzeitausbildung prüfen und entwickeln. Für junge Eltern, die innerhalb der ersten drei Jahre nach der Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, wollen wir einen Rechtsanspruch auf eine Teilzeitausbildung durch staatliche Förderung einführen. Auch für Eltern, die sich bereits in Ausbildung befinden, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die Ausbildung in Teilzeit fort zu setzen.

#### **6. Weiterentwicklung des Kinderzuschlags**

- die Absenkung der Mindesteinkommensgrenze und den Verzicht auf die Höchsteinkommensgrenze: Damit würde der Kinderzuschlag nach unten und oben weiter geöffnet. Die Öffnung nach unten hilft Familien, die bisher in sogenannter verdeckter Armut leben. Mit der Öffnung nach oben wird ein lineares Auslaufen der Förderung gewährleistet und ein abrupter Abbruch der Förderung vermieden;

#### **7. Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschlusses**

- eine Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschlusses, bei der die maximale Bezugsdauer verlängert und die Altersgrenze von derzeit 12 Jahren angehoben wird;

#### **8. Weiterentwicklung der Familienförderung**

- die Umstellung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten auf einen Abzug von der Steuerschuld, damit auch Alleinerziehende, die nur geringe Steuern zahlen, stärker von der Förderung profitieren. Unabhängig davon bleibt die vollständige Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung unser Ziel;

Zum 27.04.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

## Presseservice des SPD-Parteivorstandes

Berlin, 1. Mai 2010

273/10

### Nahles:

## **Illegale Parteienfinanzierung ist wahrscheinlich**

Zu den Vorwürfen gegen den NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und die nordrhein-westfälische CDU erklärt die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles:

Die neue CDU-Finanzaffäre dümpelt seit Wochen vor sich hin, Bundestagspräsident Norbert Lammert muss erneut den Vorwurf der illegalen Parteienfinanzierung gegen seinen eigenen Landesverband prüfen. Neue Veröffentlichungen zeigen jetzt, wie eng die angeblich unabhängige Wählerinitiative „Wähler für den Wechsel“ mit der NRW-CDU verknüpft war. Der Vorwurf der illegalen Parteienfinanzierung ist mehr als berechtigt.

In dieser Situation versucht der neue Generalsekretär der NRW-CDU Andreas Krautscheid, die Flucht nach vorne anzutreten. Krautscheid macht ein öffentliches Schuldgeständnis, um seine Partei mit ihrem Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Rüttgers aus dem öffentlichen Focus zu holen. Doch das wird Rüttgers und Co auch nicht mehr helfen.

Denn eins wird immer klarer: Jürgen Rüttgers und seine NRW-CDU stecken tief im Sumpf illegaler Parteienfinanzierung. Die Tricksereien und Mauseleien der Union in NRW sind immens. Rüttgers muss auch dafür am 9. Mai von den Wählern abgestraft werden. NRW hat eine ehrliche Ministerpräsidentin Hannelore Kraft verdient.

CDU-Generalsekretär Krautscheid hat erst unter dem Druck der Spiegel-Veröffentlichung die Verstrickung seiner Partei eingeräumt. Vor zwei Wochen nannte er das noch böswillige Unterstellungen, die nichts mit der Realität zu tun hätten. Der CDU-Generalsekretär ist nun überführt, den Menschen in Nordrhein-Westfalen die Unwahrheit gesagt zu haben.

Völlig unglaubwürdig ist es, dass Ministerpräsident Rüttgers nun abermals so tut, als habe er von den illegalen Finanz-Machenschaften ebenso wenig ge-

wusst wie von der Miet-Rüttgers-Affäre seiner NRW-CDU.

Diesen Gedächtnisschwund glauben Ihnen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht, Herr Rüttgers. Im Übrigen tragen Sie die politische Verantwortung für diese rechtswidrigen Finanztricksereien.

In einer Woche schlägt auch für die Nichtwissenden die Stunde der Wahrheit.

Am 9. Mai haben die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, das System Rüttgers und den schwarzen Filz der NRW-CDU abzuwählen!

01.05.2010

Pressestelle SPD

Berlin, 1. Mai 2010

272/10

### 1. Mai:

## **Gewerkschafter fordern Gute Arbeit, gerechte Löhne, einen starken Sozialstaat und eine bessere Politik für NRW**

*Zu den Gewerkschaftskundgebungen zum 1. Mai und der Betriebs- und Personalräteinitiative „Eine bessere Politik für NRW“ erklärt die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles:*

Am heutigen 1. Mai gehen deutschlandweit die Menschen für Gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat auf die Straße. Das zeigt, dass die Gewerkschaften auf der Höhe der Zeit sind und keinesfalls „aus der Zeit gefallen“, wie die bayrische Arbeitsministerin Haderthauer, CSU, behauptet. Mit ihren Pöbeleien gegen den Mindestlohn und die Gewerkschaften zum 1. Mai macht Haderthauer sich als Arbeitsministerin unmöglich und zeigt einmal mehr, dass schwarz-gelb die tägliche Leistung von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern offensichtlich für belanglos hält.

Im ganzen Land, in unzähligen Betrieben, setzen sich Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte engagiert für bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne ein. Ihre Forderungen richten sich dabei auch an die Politik. Die Betriebs- und Personalräteinitiative „Eine besser Politik für NRW“ zur Landtagswahl NRW am 9. Mai 2010 macht es konkret: „Nur die SPD mit ihrer Spitzenkandidatin Hannelore Kraft und mit Guntram Schneider im Kompetenzteam erfüllt mit ihrem Wahlprogramm unsere Ansprüche an eine bessere Politik in und für NRW“. Der 1. Mai ist ein starkes Zeichen für lebendige Gewerkschaften und die Forderung nach einer besseren Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

01.05.2010

Pressestelle SPD



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
Kreisverband Bodenseekreis

Jochen Jehle – Kolbengasse 6a – 88693 Deggenhauserta

---

An die  
Mitglieder der SPD im Landtagswahlkreis 67 Bodensee  
MdB Martin Gerster, MdB Hilde Mattheis  
MdL Norbert Zeller  
DGB Regionsvorsitzender Gottfried Christmann  
Otto Ziegler, KV Ravensburg  
Uli Möhrle, Christiane Ochs, Brunhilde Oehrke

Grünwangen, 2010-04-20

## **Einladung zur Kreismitgliederversammlung am 10.05.10 zur Nominierung der Kandidaten zur Landtagswahl 2011**

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Kreisvorstand hat beschlossen, die Landtagskandidaten in einer Kreismitgliederversammlung zu nominieren. Alle SPD-Mitglieder im Landtagswahlkreis 67 (Bermatingen, Daisendorf, Deggenhausertal, Eriskirch, Frickingen, Friedrichshafen, Hagnau, Heiligenberg, Immenstaad, Kressbronn, Langenargen, Markdorf, Meersburg, Oberteuringen, Owingen, Salem, Sipplingen, Stetten, Überlingen, Uhldingen-Mühlhofen) lade ich also ganz herzlich zur Kreismitgliederversammlung ein auf

**Montag, 10. Mai 2010 um 19.00 Uhr**

**im Dorfgemeinschaftshaus in Überlingen-Nußdorf**

**Gastredner ist unser neuer Landesvorsitzender und stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender Dr. Nils Schmid**

Wahlberechtigt sind alle SPD-Mitglieder, die am Tag der Nominierung das 18. Lebensjahr vollendet und mindestens 3 Monate ihren ersten Wohnsitz im Wahlkreis 67 Bodensee haben.

Die Vorstellungen der bislang bei mir eingegangenen Bewerbungen liegen dem Schreiben bei. Der Kreisvorstand hat einhellig die erneute Bewerbung von Norbert Zeller begrüßt.

Sofern die Betreffenden zustimmen, veröffentlichen wir die Vorstellungen aller bis zu Nominierung eingehenden Bewerber auf unseren Internetseiten.

Viele Grüße

**Jochen Jehle**  
Kreisvorsitzender

### **Anmerkung der Redaktion:**

**Die Bewerbungsschreiben von Norbert Zeller und Adnan Sabah sind bereits in Ausgabe xx vom 26.04.2010 erschienen**

## Links zu den Themen des Newsletters der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg:

**Steuerhinterziehung:** Haltung der Landesregierung zum Kauf der Daten-CD abstrus

In der Debatte über den Kauf von Steuerdaten wirft Fraktionsvize Nils Schmid der Landesregierung ein "abstruses Lavieren ohne Ende" vor. Zunächst verweigere sie selber die Annahme, schiebe den Kauf an den Bund weiter, der ein anderes Bundesland suchen müsse, und dieses Käuferland gebe die Daten aus Baden-Württemberg an das Land zurück, damit dann die Steuerverwaltung ermitteln könne. "Die Landesregierung verhält sich wie ein unanständiger Trittbrettfahrer", so Schmid. Die SPD will über den Bundesrat erreichen, dass Steuerkriminelle nicht mehr Strafbefreiung bei Selbstanzeige erhalten.

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4328>

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14\\_6022\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6022_D.PDF)

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14\\_5878\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5878_D.PDF)

-----  
**Windkraft:** Vereinfachung des Landesplanungsgesetzes soll Ausbau voranbringen

Mit einer Änderung des Landesplanungsgesetzes will die SPD das Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen in Baden-Württemberg vereinfachen und einen Schub für die Windkraftnutzung auslösen. Ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion sieht vor, bei der Errichtung von regionalbedeutsamen Windkraftanlagen auf die Festlegung von Vorrang- und Ausschlussgebieten zu verzichten. "Mit dieser Neuausrichtung soll der Anteil der erneuerbaren Energien erhöht und die mittelständische Wirtschaft in dieser Branche unterstützt werden", erläutert SPD-Energieexperte Thomas Knapp.

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14\\_6058\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6058_D.PDF)

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4290>

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14\\_4057\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4057_D.PDF)

-----  
**Werkrealschule:** Kommunen größere Spielräume für wohnortnahe Lösungen gewähren

SPD-Bildungssprecher Dr. Frank Mentrup dringt bei der Umsetzung der Werkrealschule auf größere Spielräume der Kommunen für wohnortnahe Lösungen. Von entscheidender Bedeutung sei hierbei, wie vor Ort die Klassenstufen 8 bis 10 auf mehrere Standorte verteilt und die Unterrichtsstunden in den Wahlpflichtfächern organisiert werden. Mentrup bezweifelt außerdem, dass die Werkrealschule in ihrer jetzigen Form eine gleichwertige Alternative zur richtigen Realschule ist. Er hält es für keinen Zufall, dass die beiden Schularten bei der Grundschulempfehlung nicht gleichgestellt sind.

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4289>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4243>

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14\\_5648\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5648_D.PDF)

-----  
**Landesstraßen:** Millionenschweres Sonderprogramm soll Winterschäden beseitigen

Zur Beseitigung von Winterschäden auf den Landesstraßen fordert SPD-Verkehrsexperte Hans-Martin Haller ein Sonderprogramm in Höhe von zehn Millionen Euro. Über die Hälfte aller Landesstraßen in Baden-Württemberg befinde sich in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Verantwortlich für die zahllosen Schlaglochpisten sei die CDU/FDP-Landesregierung, die den Erhalt und Unterhalt der Landesstraßen seit Jahren sträflich vernachlässige. "Wenn jetzt nicht rasch und umfassend repariert wird, geht der Raubbau an den Landesstraßen an die Substanz unserer Infrastruktur", warnt Haller.

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4308>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4161>

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14\\_5472\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5472_D.PDF)

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14\\_4193\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4193_D.PDF)

-----  
**Veranstaltungsreihe zu Erziehungsfragen mit dem Dokumentarfilm "Lisette und ihre Kinder"**

Kindererziehung im Dialog: Dazu hat die SPD-Landtagsfraktion eine Veranstaltungsreihe mit dem Film "Lisette und ihre Kinder" gestartet. Was müssen wir unseren Kindern beim Größerwerden mit auf ihren Weg geben? Um darüber mit Erzieherinnen und Eltern ins Gespräch zu kommen und Anregungen für den pädagogischen Alltag zu geben, zeigen Abgeordnete in Zusammenarbeit mit lokalen Kinos den renommierten Dokumentarfilm. In der Diskussion sind oft auch Hauptdarstellerin Lisette, Regisseurin Sigrid Klausmann und Produzent Walter Sittler mit von der Partie. Die Termine gibt es im Internet.

<http://bildungsaufbruch.bawue.spd.de>

<http://www.lisette-film.de>

# Gedenken

## an die Opfer von Faschismus und Krieg

**Samstag, 8. Mai 2010**

**14.00 Uhr**

Überlingen

### **Führung im Goldbacher Stollen**

mit Oswald Burger

Treffpunkt: Stolleneingang  
Obere Bahnhofstraße,  
neben »Wirtshaus zum Felsen«  
Parkmöglichkeiten:  
Parkplatz »Bahnhof Therme«,  
Bahnhofstraße

**Musikalische Gestaltung:**  
Marianne Handtörfer



**17.00 Uhr**

KZ-Friedhof Birnau

### **Gedenkfeier**

mit Heinz Hummler

und internationalen Gästen

Heinz Hummler wurde 1932 geboren. Sein Vater Anton Hummler wurde 1944 vom Volksgerichtshof als Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt und hingerichtet. Heinz Hummler war Betriebsratsvorsitzender bei der Trafo Union in Stuttgart und ist seit über 60 Jahren Mitglied der IG Metall. Er kämpft dafür, dass das »Hotel Silber« in Stuttgart als Gedenkort erhalten bleibt. Im »Hotel Silber« war die Gestapo-Zentrale die Gestapo-Zentrale Württemberg.

*Veranstalter:*

**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
Bund der Antifaschisten/innen (VVN-BdA)**  
VVN-BdA Ravensburg-Oberschwaben,  
VVN-BdA Singen-Konstanz  
IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben  
DGB Region Südwürttemberg



# Impressum

## Herausgeber:

Dietram Hoffmann  
Zum Brachsen 2  
88662 Überlingen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

## Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg      Tel.: 07532/313048  
e-mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren      Tel.: 07542/20349  
e-mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB: [hilde.mattheis.ma01@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis.ma01@bundestag.de)  
Bundes-SPD (SPD.de): [www.spd.de](http://www.spd.de)  
SPD Presseservice: [pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)  
Büro Peter Simon, MdEP: [peter.simon@europarl.europa.eu](mailto:peter.simon@europarl.europa.eu)  
Europa Aktuell: [EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)  
Dr. Roland Peter,  
Pressesprecher: [roland.peter@spd.landtag-bw.de](mailto:roland.peter@spd.landtag-bw.de)  
Norbert Zeller, MdL: [norbert.zeller@spd.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de)  
Matthias Mayr: [matthias\\_mayr@web.de](mailto:matthias_mayr@web.de)  
Rotraut Binder: [Rotraut@binder-fn.de](mailto:Rotraut@binder-fn.de)  
Leon Hahn: [l.m.m.hahn@gmail.com](mailto:l.m.m.hahn@gmail.com)  
Christian Gospodarek: [chris\\_crossgo@web.de](mailto:chris_crossgo@web.de)  
Dario Sulzer | SP St.Gallen: [sulzer@sp-sg.ch](mailto:sulzer@sp-sg.ch)  
Ariane Krizko: [krizko@sp-sg.ch](mailto:krizko@sp-sg.ch)  
Peter Gubser: [petergubser.arbon@bluewin.ch](mailto:petergubser.arbon@bluewin.ch)  
SPÖ-Express: [hubert.loetsch@spoe.at](mailto:hubert.loetsch@spoe.at)      [www.spoe.at](http://www.spoe.at)  
Wolfgang Heinzl,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach: [Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)  
Hermann Dorfmueller: [hermann.dorfmueller@web.de](mailto:hermann.dorfmueller@web.de)  
Büro, Hilde Mattheis, MdB: [hilde.mattheis.ma01@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis.ma01@bundestag.de)  
[hilde.mattheis@wk.bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de)  
Jochen Jehle, Kreisvorsitzender: [Jochen.Jehle@spd-online.de](mailto:Jochen.Jehle@spd-online.de)  
Quelle: 8. Mai: [www.vvn-bda-oberschwaben.de](http://www.vvn-bda-oberschwaben.de) - [Dagmar.Miedzianowski@bodenseekreis.de](mailto:Dagmar.Miedzianowski@bodenseekreis.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.  
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

**E-Mail-Abonnement (ab)bestellen**  
(Karl-Heinz König)

[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)